

vom Ratsbüro genehmigt
am: 10. April 2003
auf dem Zirkulationsweg

PROTOKOLL

der 6. Sitzung
vom Dienstag, 1. April 2003
17.00 - 19.45 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube

Vorsitz: Ernst Spengler (SVP) Präsident 2003
Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)
Stimmzähler: Paul Bösch (OeBS)
Herbert Distel (CVP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsident und 46 Mitglieder
5 Stadträte

Entschuldigt für die ganze Sitzung: Brigitte Oechslin (OeBS)
Hanspeter Meier (SVP)
Dieter Amsler (FDP)

Entschuldigt für den Anfang der Sitzung: Iren Eichenberger (OeBS)

Traktanden:

- 1. VdSR - Bericht über die hängigen Motionen** **Seite 196**
- 2. VdSR - KSS, Projekt Winterdach über Freibad-Schwimmerbecken**
Dieses Geschäft ist nicht verhandlungsbereit **Seite (194)**
- 3. MOTION GrSR-Fraktion SVP/EDU -
Einführung von Eintrittsgebühren im Munot und
im Museum zu Allerheiligen**
Antwort Museumsreferent/ Diskussion und Beschlussfassung **Seite 202**
- 4. MOTION GrSR-Fraktion SVP/EDU -
Einführung von Leihgebühren in der Stadtbibliothek** **Seite 216**

PENDENTE GESCHÄFTE

EINGANG	TITEL DES GESCHÄFTES	
09.04.02	VdSR - Platzgestaltung Herrenacker	SPK
20.06.02	VdSR - Gesamthafte Überprüfung von Bauordnung u. Zonenplan	SPK
23.09.02	VdSR - Teilrevision von Art. 27 und 28 der Stadtverfassung, Erhöhung der Stellenkapazität im Stadtrat	SPK
17.12.02	VdSR - Anpassung der Stadtverfassung an das Gemeindegesetz	SPK
07.01.03	VdSR - Machbarkeitsstudie neues Fussballstadion	SPK
14.01.03	VdSR - Wasserwerk Schaffhausen, Erneuerung Pumpwerk Rheinhalde	SPK
21.01.03	VdSR - Projektentwicklung Areal Kiefer/Landhaus Baurechtsbedingungen	SPK
17.01.03	INTERPELLATION Erwin Sutter (EDU) - Verkehrslenkung während der Schaffhauser Herbstmesse	
11.02.03	INTERPELLATION Iren Eichenberger (OeBS) - Zürcher Manifest - ein Weg aus der Sackgasse	
11.02.03	INTERPELLATION Peter Neukomm (SP) - Partizipation von Kindern und Jugendlichen in der kommunalen Öffentlichkeit	
18.02.03	VdSR - KSS, Projekt Winterdach über Freibad-Schwimmerbecken	GPK
18.02.03	VdSR - Quartier- und Begegnungszentrum in Herblingen; zur Verfügungstellung einer Liegenschaft und Beitrag der Stadt an die An- und Umbaukosten	SPK
18.02.03	VdSR - Motionen Dr. Othmar Schwank: "Verteilung und Anerkennung von Sozialarbeit" und Iren Eichenberger: "Finanzielle Leistungen für pflegende Angehörige"	SPK
25.02.03	VdSR - Schulversuch "Teilautonome, geleitete Schule (TAGS) Steingut"	SPK
25.02.03	VdSR - Gaswerk Stadt SH, Erschliessung von Beringen mit Erdgas	SPK
02.03.03	MOTION Christian Hablützel (SP) - Konferenz zum Widerstand gegen das Endlager von hochradioaktivem Sondermüll in Benken	
(04.03.03)	Ersatzwahl in den Steuerungsausschuss WoV für den Rest der Amtsdauer 2001/2004	
11.03.03	INTERPELLATION Raphaël Rohner (FDP) - Mitwirkung der Stadt SH an der Willensbildung des Bundes	

Kleine Anfragen von

Mehmet Ertogrul (SP)	Situation in den städtischen Schulen	08.01.03	2/2003
Peter Neukomm (SP)	Entwicklung der Altersheimtaxen	21.01.03	4/2003
Peter Wullschleger (CVP)	Sozialhilfeleistungen an junge Erwachsene	15.02.03	7/2003
Lotti Winzeler (OeBS)	Zukunftspläne und Nutzung Jugendkeller SH	2.03.03	8/2003
Thomas Neukomm (SP)	Flankierende Massnahmen zum Neubau Bushof im Bereich der äusseren Vorstadt	04.03.03	9/2003
Theresia Derksen (CVP)	WoV Steuerungsausschuss	10.03.03	10/2003
Paul Bösch (OeBS)	Anerkennungsbeitrag an die Rudolf Steiner Schule Schaffhausen	15.03.03	11/2003

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 VdSR - Bericht über die hängigen Motionen

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des SR gut und stimmt den Anträgen der GPK mit **46 : 0 Stimmen** wie folgt zu:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates über die hängigen Motionen vom **18.** Februar 2003.
2. Weiterzubehandeln sind mit Fristverlängerung gemäss § 54 Abs. 2 bzw. 4 der Geschäftsordnung die Motionen
 - Heinz Sulzer betreffend Nutzungsplanung für das Gebiet der Altstadt (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2005)
 - Herbert Bühl betreffend Schutz von Brandmauern, Fassaden, Dächern und der erhaltenswerten Bausubstanz in der Altstadtzone (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2005)
 - Dr. Raphaël Rohner betreffend Parlamentarische Untersuchungskommission (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2004)
 - Bruno Merloß betreffend Überprüfung der Geschäftsordnung im Hinblick auf WoV (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2004)
 - Dr. Othmar Schwank betreffend Verteilung und Anerkennung von Sozialarbeit (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2003)
 - Iren Eichenberger betreffend finanzielle Leistungen an pflegende Angehörige (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2003)
3. Als erledigt abgeschrieben werden die Motionen:
 - Walter Joos betreffend Klarstellung der Bestimmungen über die Wahl der Geschäftsprüfungskommission
 - Kommissionsminderheit Spezialkommission Parkhaus Herrenacker betreffend: Parkleitsystem und 2. Etappe Parkplatzkonzept
 - Peter Käppler betreffend Einstellhallen für Fahrräder im Altstadtbereich
 - Fraktionspräsidenten des Grossen Stadtrates betreffend Regierungsreform

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 2 VdSR - KSS, Projekt Winterdach über
Freibad-Schwimmerbecken**

Dieses Geschäft ist nicht verhandlungsbereit und wird daher nicht beraten.

**Traktandum 3 MOTION GrSR-Fraktion SVP/EDU -
Einführung von Eintrittsgebühren im Munot und
im Museum zu Allerheiligen**
Antwort Museumsreferent/ Diskussion und Beschlussfassung

(Die Stellungnahme zu Eintrittsgebühren im Munot erfolgte am 18. März 03 durch den Baureferenten.)

Die Motion wird heute vom SR abschliessend mit der Stellungnahme des Museumsreferenten Thomas Feurer beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Rat lehnt die Motion (mit dem geänderten Text) mit 34 : 10 Stimmen ab.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 4 MOTION GrSR-Fraktion SVP/EDU -
Einführung von Leihgebühren in der Stadtbibliothek**

Die Motion wird durch Christian Meister begründet, durch Stadtpräsident Marcel Wenger beantwortet und im Rat diskutiert.

Der Rat lehnt die Motion (mit dem unveränderten Text) mit 32 : 9 Stimmen ab.

Das Geschäft ist erledigt.

P.S. Eine zu Beginn der Sitzung von Urs Tanner (SP) eingebrachte dringliche Motion der SP Fraktion '50'000 Franken-Spende ans IKRK für seine Arbeit im Irak' wird nach Anhörung des Stadtpräsidenten zurück gezogen.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsident Ernst Spengler (SVP) eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, des Herrn Stadtpräsidenten, der Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

MITTEILUNGEN des Ratspräsidenten:

Einladung der Firma Trybol AG Neuhausen a/Rhf. an den Grossen Stadtrat zur Betriebsbesichtigung, Termin: Mittwoch, 9. April 2003, 18.00 Uhr

Die Anmeldung erfolgt heute mittels "Präsenzliste" in Zirkulation, wo die Teilnahme mit Ja bzw. Nein vermerkt wird. Es haben sich 11 Personen angemeldet.

Treffpunkt: 18.00 Uhr vor dem Firmeneingang, Rheinstr. 84, Neuhausen a/Rhf.

Wechsel in Spezialkommissionen:

Schulversuch "Teilautonome, geleitete Schule (TAGS) Steingut":

Hier nimmt bei der OeBS anstelle von Rainer Schmidig Paul Bösch Einsitz.

Motionen Dr. Othmar Schwank: "Verteilung und Anerkennung von Sozialarbeit" und Iren Eichenberger: "Finanzielle Leistungen für pflegende Angehörige"

Hier nimmt bei der SVP anstelle von Hans Ith Alfred Zollinger Einsitz.

Auf den Pulten liegt die Mitteilung der Zentralverwaltung bezüglich AHV-Abrechnung für Sitzungsgelder.

Neu eingegangene Ratsgeschäfte: keine

Neueingang Kleine Anfragen: keine

Beantwortet wurde vom SR mit Datum 1. April 03 die Kleine Anfrage

Wilhelm Hefti (SP) Geruchsbelästigung durch Bioenergie AG 30.01.03 5/2003

Verhandlungsbereit sind folgende Geschäfte gemeldet worden:

- VdSR - Anpassung der Stadtverfassung an das Gemeindegesetz sowie

- VdSR - Wasserwerk Schaffhausen, Erneuerung Pumpwerk Rheinhalde

Sie werden auf die Tagesordnung der Sitzung vom 6. Mai 03 gesetzt.

Sollten weitere Geschäfte verhandlungsbereit und auf die Tagesordnung der Sitzung des GrSR vom 6. Mai 03 gesetzt werden, so ist dies bis spätestens Dienstag 22.04.03, 12.00 Uhr dem Ratspräsidenten zu melden (wegen Inserat).

PROTOKOLL

Das **Ratsprotokoll Nr. 5 vom 18. März 03** ist vom Ratsbüro geprüft und genehmigt worden. Es liegt heute zur Einsichtnahme beim Ratssekretär auf.

Anmerkungen werden keine angebracht.

TAGESORDNUNG

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.

Punkt 2 der heutigen Tagesordnung "KSS, Projekt Winterdach über Freibad-Schwimmerbecken" entfällt.

Dazu **Alfred Zollinger (SVP)** Präsident der GPK *

"Wie bereits erwähnt kann diese Vorlage des SR vom 18. Februar 2003 heute nicht beraten werden, da sie noch nicht verhandlungsbereit ist. Die GPK sowie Stadtrat Kurt Schönberger und der Vertreter des Hochbauamtes, Urs Reichenstein, wurden an der letzten GPK-Sitzung, die am 20. März 2003 stattfand, vom KSS-Direktor mit einer neuen Lösung überrumpelt bzw. konfrontiert. Eigentlich war vorgesehen, die Vorlage abschliessend zu behandeln und zuhanden des Grossen Stadtrates zu verabschieden. Aber dann liess der KSS-Direktor „die Katze“ aus dem Sack!

War bisher eine Realisierung nur mit den in der Vorlage enthaltenen Daten und dem italienischen Unternehmen möglich, konnte plötzlich ein Schweizer Unternehmer gefunden werden, der ökologisch und auch hinsichtlich Energieverbrauch angeblich eine wesentlich bessere Lösung anbietet. Es wurde neue Zahlen präsentiert, wodurch schlussendlich der jährliche Betriebskostenbeitrag der Stadt erheblich gesenkt werden könnte.

Die GPK hat darauf entschieden, dass das neue Produkt sowie die präsentierten Zahlen vom Hochbauamt genauestens überprüft werden müssen.

Das Baureferat muss in Zusammenarbeit mit der Projektgruppe "Winterdach Freibad KSS" allenfalls eine modifizierte Vorlage ausarbeiten, über deren Inhalt der Stadtrat zu orientieren ist. Danach erfolgt die Weiterleitung zwecks Weiterbehandlung der Vorlage an die GPK.

Die GPK hat auf den 22. April 2003 eine spezielle Sitzung festgesetzt, damit die Vorlage „KSS-Winterdach über Freibad-Schwimmerbecken“ am 29. April in den Fraktionen besprochen werden kann. Die Behandlung im Grossen Stadtrat ist am 6. Mai 2003 vorgesehen.

Ich kann Ihnen versichern, dass sich die GPK auch mit einer besseren Lösung nicht unter Druck setzen lässt. Wir sind uns wohl bewusst, dass der Bestellungstermin für eine allfällige rechtzeitige Bereitstellung der Traglufthalle nicht allzu weit hinausgeschoben werden kann. Deshalb wird sich die GPK einsetzen, damit diese Vorlage am 6. Mai im Grossen Stadtrat behandelt werden kann.

Zum Abschluss muss ich nochmals klar darauf hinweisen, dass weder das Baureferat noch die GPK im Voraus über eine neue, mögliche Ausgangslage bzw. Variante informiert wurden. Trotzdem hoffe ich, dass Sie dem Vorgehen der GPK zustimmen werden."

Urs Tanner (SP)

"Im Namen der SP Fraktion möchte ich Sie bitten, nach GO § 33 die heute von ihr eingereichte **Motion "50'000 Franken-Spende ans IKRK für seine Arbeit im Irak"** dringlich zu erklären und sie als Nummer 1 der heutigen Tagesordnung zu behandeln.

Begründung: Der Krieg, das Leiden der Bevölkerung ist allgegenwärtig.

Die Menschen, auch in Schaffhausen, sind betroffen, traurig und engagiert wie schon lange nicht mehr. Wir bitten Sie, meine Damen und Herren, aus traurigem und aktuellem Anlass die Arbeit des IKRK grosszügig, schnell und unbürokratisch zu unterstützen. Schnell können wir nur sein, wenn Sie unseren Antrag auf Dringlicherklärung, also Aufnahme der Motion auf die heutige Traktandenliste, unterstützen. Ich danke Ihnen für Ihr Entgegenkommen."

Der Ratspräsident übergibt hierzu das Wort an den "Entwicklungshilfe-Referenten" Stadtpräsident M. Wenger.

Stadtpräsident M. Wenger

"Dieser Vorstoss wäre eigentlich an den Stadtrat zu richten. Dieser ist auch bereit, etwas zu tun, weil er die Lage im Irak und um den Irak herum als sehr kritisch beurteilt. Wir teilen die Haltung, wie sie aus einem Satz in der Motionsbegründung

hervorgeht, wonach es für all jene, die sich um Gerechtigkeit, Freiheit und Menschenrechte sorgen, einiges zu tun gebe. Wir teilen auch die Sorge der Bevölkerung in der Stadt Schaffhausen über den Fortgang des Krieges.

Nun ist es aber auch so, dass eine Exekutive, wenn sie Kompetenzen hat, diese gerne in eigener Verantwortung ausschöpft. Wir werden anlässlich der Klausurtagung, zu welcher wir uns ab morgen zurückziehen, drei Dinge beurteilen müssen. Ich habe bereits ein detailliertes Gesuch vom Schweizerischen Arbeiterhilfswerk erhalten mit konkreten Angaben zur Verwendung des Geldes, ich habe von der Caritas ein Gesuch bekommen. Jetzt fordern Sie, dass wir dem IKRK etwas schicken sollten.

Überlassen Sie das doch dem Stadtrat. Wir sind absolut Ihrer Meinung. Der Stadtrat hat immer - wenn es möglich war - einen für die Stadt zu verkräftenden Betrag in eine solche Aktion investiert. Wenn wir dieses Signal noch diese Woche geben können, so wird es rechtzeitig kommen. Ich bitte Sie, dies nicht über den Motionsweg zu tun. Auch ein kurzes Gespräch mit der Finanzreferentin hat gezeigt, dass wir bezüglich der Höhe des Betrages in der Exekutive eine gewisse Freiheit haben müssen. Sie kennen unsere Kompetenzen. Es ist sicher nicht so, dass wir an den unteren Rand der Kompetenzen gehen werden. Aber angesichts der Finanzsituation werden wir möglicherweise auch nicht an den oberen Rand gehen können.

50'000 Franken für den Irak sind sehr wenig. Es braucht wesentlich mehr. Ich hoffe, dass die Leute, die den Krieg vom Zaun gebrochen haben, vielleicht auch daran gedacht haben, den Frieden nachher zu finanzieren."

Der Ratspräsident fragt den Motionär, ob er an seinem Antrag festhalten will.

Urs Tanner (SP)

"Wir hatten nicht vor, hier Regierung zu spielen. Es geht auch nicht um Institutionen, welche wir bevorzugen wollen. Das IKRK ist eine der letzten Institutionen, welche vor Ort bleibt und eine sehr wichtige und gefährliche Arbeit verrichtet. Man kann das IKRK streichen. Das ist unwichtig, es muss einfach geholfen werden. Der Stadtpräsident hat signalisiert, dass der SR materiell etwas tun will. Da sind wir sehr froh. Ich danke dem Stadtrat für sein speditives Vorgehen.

Wir ziehen daher unsere Motion zurück."

Die Tagesordnung wird im übrigen gutgeheissen.

Traktandum 1 VdSR - Bericht über die hängigen Motionen

Das Geschäft wurde usanzgemäss in der GPK vorberaten.

Peter Möller (GB) Sprecher der GPK *

"Die GPK hat sich an ihrer Sitzung vom 20. März 2003 unter anderem auch mit dem Bericht des Stadtrates über die hängigen Motionen befasst. Sofern man schon einige Zeit im Rat ist, trifft man da ja immer wieder auf alte, beinahe schon liebgewonnene Bekannte. So ist es auch dieses Jahr. Zudem gibt es eigentlich auch jedes Jahr ähnliche Diskussionen zum Thema: Zu welchem Zeitpunkt darf resp. soll eine Motion mit der Motionensammlung als erledigt abgeschrieben werden?"

Zunächst einmal zu diesem Thema, welches dieses Jahr im Zusammenhang mit der Motion von Walter Joos betreffend Klarstellung der Bestimmungen über die Wahl der GPK lanciert wurde. Die Bestimmung in § 54 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung ist vermeintlich klar und lautet: *„Die Motion gilt, nachdem Bericht und Antrag des Stadtrates vorliegen, als erledigt, sofern der Grosse Stadtrat nicht ausdrücklich ihre ganze oder teilweise Aufrechterhaltung beschliesst.“* Theoretisch besteht damit aber die Möglichkeit, dass sich der Stadtrat einem ungeliebten Motionsauftrag mit einem nichts sagenden und ungenügenden Bericht entledigen könnte, wobei ich ihm natürlich in keiner Weise unterstellen möchte, dass er eine solche Absicht je verfolgt hätte. **Die GPK konnte sich nach gewalteter Diskussion auf die Regelung einigen, dass inskünftig eine Motion in der Motionensammlung abgeschrieben werden kann, wenn Bericht und Antrag des Stadtrates vorliegen und die SPK oder GPK oder gar der Grosse Stadtrat - bei der immer beliebter werdenden Direktbehandlung im Rat - auf das Geschäft eingetreten ist.** Der Stadtpräsident hat sich in der Folge bereit erklärt, diesen Beschluss der GPK für den Stadtrat entgegen zu nehmen. Damit haben wir nun eine klare Regelung und die GPK hofft, dass damit unnötige Diskussionen in der Zukunft vermieden werden können.

Doch nun der Reihe nach zu den einzelnen Motionen und damit zu den schon angesprochenen alten Bekannten. Den Motionen Heinz Sulzer *Nutzungsplanung für das Gebiet der Altstadt* und Herbert Bühl *Schutz von Brandmauern, Fassaden, Dächern und der erhaltenswerten Bausubstanz in der Altstadtzone*. Diese beiden Motionen weisen ein für parlamentarische Vorstösse schon beinahe biblisches Alter von rund 14 Jahren auf. Bei einer Konsultation der Wahllisten für die Amtsperiode 89 bis 93 ist festzustellen, dass gerade etwa 10% der heutigen Ratsmitglieder bei der Überweisung der Motionen mitgewirkt haben. Doch ist dem Stadtrat darin zuzustimmen, dass eine Bearbeitung erst im Anschluss an die Inkraftsetzung der neuen Bauordnung und des Zonenplans erfolgen kann. Damit ist der Fristverlängerung zuzustimmen und immerhin zu hoffen, dass es nun die letzte Verlängerung ist; denkt man daran, dass der letzte Satz der Motion Bühl lautete: Der Stadtrat wird gebeten, dem Grossen Stadtrat möglichst bald Bericht und Antrag vorzulegen... . Das war 1989.

Motion Walter Joos *Klarstellung der Bestimmungen über die Wahl der GPK*. Dieser Auftrag wurde im Rahmen der Vorlage des Stadtrates vom 17. Dezember 2002 zur Anpassung der Stadtverfassung an das Gemeindegesetz erfüllt. Die vorberatende SPK ist auf die Vorlage eingetreten und die Motion kann daher abgeschrieben werden.

Motion Kommissionsminderheit *SPK Parkhaus Herrenacker: Parkleitsystem und 2. Etappe Parkplatzkonzept*: Hier wurde der erste Teil der Motion durch das Volk knapp mit 5957 Ja gegen 6199 Nein abgelehnt und ist damit als erledigt zu betrachten. Zu Diskussionen Anlass gab die zweite Forderung der Motion, die Verlegung von 100 öffentlichen Parkplätzen aus dem Kernbereich der Altstadt an deren Peripherie. Hier sieht der Stadtrat den Motionsauftrag erfüllt, da der Umsetzungsstab "Parkraumplanung" verpflichtet ist, diesem Teil der Motion nachzuleben. Daher könne die Motion abgeschrieben werden. Die GPK konnte sich dieser Argumentation des Stadtrates anschliessen und stimmte für die Abschreibung.

Motion Othmar Schwank betreffend *Verteilung und Anerkennung von Sozialarbeit* - hier ist eine Korrektur in der Vorlage vorzunehmen, da diese von Sozialzeit spricht -

und Motion Iren Eichenberger, *Finanzielle Leistungen für pflegende Angehörige*. Hier liegen Bericht und Antrag des Stadtrates bei der Spezialkommission des Grossen Stadtrates. Diese hat aber noch nicht über das Eintreten auf die Vorlage entschieden. In Nachachtung ihres bereits erwähnten Grundsatzentscheides beantragt die GPK dem Grossen Stadtrat daher eine Fristverlängerung bis 31. Dezember 2003. Die Motionen können dann bei der Behandlung der Vorlage im Rat abgeschrieben werden.

Die Motion Peter Käßler: *Einstellhalle für Fahrräder im Altstadtbereich* kann nach dem positiven Ausgang der Volksabstimmung vom 22. September 2002 abgeschrieben werden.

Sowohl die Motion Bruno Merlo betreffend *Überprüfung der Geschäftsordnung im Hinblick auf WoV* und die Motion von Raphaël Rohner *betreffend Parlamentarische Untersuchungskommission* haben einen direkten Zusammenhang mit der Neuorganisation unseres Parlamentes im Hinblick auf die Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung. Sie sind daher im Rahmen des Projektes Parlamentsreform umzusetzen. Die Fristverlängerung bis 31. Dezember 2004 erscheint somit sinnvoll. Möglicherweise finden wir bis zu diesem Zeitpunkt dann auch noch eine allseits befriedigende Lösung für die Besetzung des WoV-Steuerungsausschusses.

Motion der Fraktionspräsidenten zur *Regierungsreform*: Auf die entsprechende Vorlage zur Erhöhung der Stellenkapazität im Stadtrat vom 23. September 2002 ist die Spezialkommission des GrSR an ihrer zweiten Sitzung vom 24. Februar 2003 eingetreten; die Motion ist daher abzuschreiben.

Die Motion Thomas Neukomm wurde bereits an unserer Sitzung vom 18. März 2003 als erledigt abgeschrieben.

Die GPK hat aus Umweltschutzgründen darauf verzichtet, Ihnen zusätzliches Papier mit den bereinigten Anträgen zu verteilen. Ich hoffe, Sie sind hiermit einverstanden. Ich fasse daher zum Schluss noch kurz die Änderungen in den Anträgen zusammen: In Ziff. 1 ist das Datum des Berichtes vom 11. auf den 18. Februar 2003 zu korrigieren. In Ziff. 2 der Anträge sind neu die Motionen Othmar Schwank betreffend Verteilung und Anerkennung von Sozialarbeit und Iren Eichenberger betreffend finanzielle Leistungen an pflegende Angehörige mit jeweils einer Fristverlängerung bis 31. Dezember 2003 aufzunehmen. In Ziff. 3 der Anträge sind folglich diese beiden Motionen und die Motion Thomas Neukomm ersatzlos zu streichen.

Die GPK hat der Vorlage mit 7 : 0 Stimmen zugestimmt."

Peter Möller (GB) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB

"Abschliessend kann ich Ihnen noch mitteilen, dass die OeBS/EVP/GB Fraktion der Vorlage und den Anträgen in der von der GPK verabschiedeten Version ebenfalls zustimmen wird."

Thomas Hauser (FDP) Fraktionserklärung FDP/CVP

"Ich möchte bekannt geben, dass die FDP/CVP Fraktion sich den Anträgen der GPK anschliessen wird und die Vorlage so verabschieden wird."

Der Votant begrüsst den Vorstoss von Peter Möller in der GPK, wodurch nun eine klare Regelung über den Zeitpunkt der Abschreibung von Motionen geschaffen wurde. "Dies ist eine sinnvolle Sache, die Peter Möller hier eingebracht hat."

Andres Bächtold (SP) Fraktionserklärung

"Ich kann Ihnen mitteilen, dass die SP Fraktion auf die Vorlage eintreten und den GPK-Anträgen zustimmen wird. Ich werde mich in der Detailberatung nochmals zu Wort melden."

Alfred Zollinger (SVP) Fraktionserklärung SVP/EDU

"Auch ich kann mitteilen, dass die SVP/EDU den GPK-Anträgen zustimmen wird. Wir sind froh, dass nunmehr klar ist, wann eine Motion abgeschrieben werden kann."

EINTRETEN ist beschlossen.

DETAILBERATUNG

Walter Hotz, 1. Vizepräsident verliest die Vorlage motionsweise.

Zu den Motionen Heinz Sulzer und Herbert Bühl:

Andres Bächtold (SP) Fraktionserklärung *

"Die ersten beiden Motionen von Heinz Sulzer und Herbert Bühl aus dem Jahre 1989, welche sich mit der Altstadt beschäftigen und eigentliche Ladenhüter sind, sollen ein weiteres Mal, mit der gleichen Begründung wie vor zwei Jahren, in den Genuss einer Fristverlängerung kommen. Die zum Teil sehr lange Behandlungszeit von Motionen wurde schon letztes Jahr gerügt, der GPK-Sprecher hat das jetzt auch getan. Ich verzichte auf Wiederholungen, stelle aber fest, dass Motionen jeweils aus einem aktuellen Anlass eingereicht werden und deshalb grundsätzlich einer speditiven Behandlung bedürfen. Vielleicht sollten Motionen mit einem endgültigen Verfalldatum versehen werden.

In der Hoffnung, dass die Bau- und Zonenplanrevision so speditiv über die Bühne geht, dass der Nutzungsrichtplan Altstadt tatsächlich bis Ende 2005 vorgelegt werden kann, stimmen wir der Fristverlängerung ohne Begeisterung und, das sei mit aller Deutlichkeit festgehalten, letztmals zu."

Zur Motion Kommissionsminderheit SPK Parkhaus Herrenacker:

Parkleitsystem und 2. Etappe Parkplatzkonzept:

Urs Tanner (SP) Votum *

"Unser Fraktionssprecher hat es gesagt, wir werden den GPK-Anträgen zustimmen, Gleichwohl möchte ich zu dieser Motion etwas sagen.

"Ich bin nicht ganz der Ansicht, dass diese Motion, welche die Aufhebung von 100 Parkplätzen im Kernbereich der Altstadt forderte, erfüllt ist.

Der Stadtrat schreibt als Begründung, dass 168 Parkplätze im direkten Umfeld des Herrenackers aufgehoben wurden, verschweigt aber geflissentlich, dass eigentlich nur etwa 20 Parkplätze aufgehoben wurden. Die Aufhebung der oberirdischen Parkplätze auf dem Herrenacker können in der Motion kaum gemeint sein, ist doch die Aufhebung der Parkplätze auf dem Herrenacker selber eine implizite und logische Folge des Baus des unterirdischen Parkhauses selbst.

Mit der Aufhebung von Parkplätzen tut sich unser Parlament generell schwer. Obwohl wir das in verschiedenen Papieren "Richtplan Parkierung" und des ominösen "runden Tisches" schwarz auf weiss niedergeschrieben haben, wurde damals auch die Motion der SP "Kompensation (Aufhebung) von 50 Parkplätzen bei der Eröffnung des Parkhauses Herrenacker" nicht gutgeheissen. Es wurden dann etwa 17 Plätze mit Beschluss des SR aufgehoben.

Die Aufhebung von Parkplätzen wurde an den Umsetzungsstab delegiert. Passiert ist noch nicht wahnsinnig viel; es wird delegiert, gehofft und gebetet, dass dies eines Tages umgesetzt wird.

Im letzten Absatz argumentiert der Stadtrat eben mit diesem sogenannten Umsetzungsstab. Der Grosse Stadtrat würde dann im Verwaltungsbericht informiert. Ich nehme an, dass dies so geschehen ist.

Nicht erwähnt wurde aber, dass wir beim "runden Tisch" Parkraumplanung festgeschrieben haben, dass der Grosse Stadtrat und die Oeffentlichkeit über den Stand der Umsetzung periodisch informiert würden. Das haben wir 1999 so definiert. Diese periodische Informationsveranstaltung vermisse ich bis heute - sowohl intern wie auch extern. Hat diese jemals stattgefunden?"

Roland Schöttle (FDP) Votum

"Ich danke der SP Fraktion, dass sie gleichwohl bereit ist, diese Motion abzuschreiben. Ich möchte gerne an die Beratungen bezüglich Parkplatzkonzept und an die gemeinsamen Arbeiten am "runden Tisch" erinnern, wo eigentlich davon Abstand genommen wurde, einzelne Parkplätze zu zählen. Vielmehr wurde eine neue Politik gewählt, die besagt, dass man generell die Plätze reduziert und zwar konkret dort, wo Alternativen zur Verfügung stehen. Das ist ein gemeinsamer Konsens, den man gefunden hat. Daher ist der Rückfall in die Zählerei nicht mehr opportun.

Ich denke, dass der Umsetzungsstab in dieser Arbeit involviert ist. Wieso dieser dazu bisher noch keinen Bericht abgegeben hat, wird Ihnen wahrscheinlich der Präsident dieses Umsetzungsstabes noch sagen können."

Esther Bänziger (SP) erinnert in diesem Zusammenhang den Baureferenten daran, dass die SP Fraktion auch gerne mit einer Vertretung in diesem Umsetzungsstab präsent sein möchte.

Stadtrat Kurt Schönberger erinnert Urs Tanner daran, dass der SR dem Parlament für beide Sachen - Parkleitsystem und Parkplatzkonzept - eine Vorlage unterbreitet hat. "Bezüglich Parkleitsystem hat es eine Volksabstimmung gegeben, welche leider negativ ausgegangen ist. Hinsichtlich Parkplatzkonzept liegt eine Vorlage mit dem Titel "Richtplan Parkierung" vor. In dieser Vorlage haben wir Ihnen dargelegt, dass wir diese Kompetenz an den Umsetzungsstab übertragen möchten. Der Umsetzungsstab hat den Auftrag, dem SR Antrag zu stellen, und der GrSR wird über den Verwaltungsbericht dann orientiert.

Zur Frage, weshalb es bis dato keine Information gegeben habe: Diese Info hat es seit dem letzten Zwischenbericht nicht mehr gegeben, weil der Umsetzungsstab nicht mehr zusammengetreten ist. Esther Bänziger trägt nun den Wunsch vor, dass auch die SP in diesem Stab vertreten sein soll." Der Baureferent erklärt an dieser Stelle, dass er zur Zeit prüfe, diesen Stab anders zusammen zu setzen.

"Bis anhin wurde immer Wert auf die Feststellung gelegt, dass dieser Umsetzungsstab keine politische Arbeitsgruppe sei, sondern dass Fachleute darin vertreten sein sollten. Inzwischen denke auch ich anders. Ich denke, dass es an der Zeit wäre, daraus eine politisch zusammengesetzte Arbeitsgruppe zu machen. Ich werde dem Stab einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten. Ich stelle mir vor, dass man analog dem Kommissionsschlüssel des GrSR diesen Umsetzungsstab dann zusammensetzen wird. Das gibt allen Fraktionen die Möglichkeit, in diesem Stab mit zu arbeiten. Eine nächste Sitzung ist einberufen mit den jetzigen Mitgliedern des Stabes. Sobald diese Leute das erfahren haben - das ist jetzt passiert - kann eigentlich schnell ein Termin angesetzt werden, um die Arbeit des Umsetzungsstabes wieder aufzunehmen bzw. fortzuführen."

Esther Bänziger (SP) Votum

"Ich glaube nicht, dass man sagen kann, wir hätten keine Fachleute, nur weil sich aus unseren Reihen auch kritische Stimmen vernehmen lassen."

Es folgen keine weiteren Wortmeldungen zu den übrigen Motionen.

ANTRÄGE

Walter Hotz, 1. Vizepräsident verliest die modifizierten Anträge der GPK

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates über die hängigen Motionen vom 18. Februar 2003.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

2. Weiterzubehandeln sind mit Fristverlängerung gemäss § 54 Abs. 2 bzw. 4 der Geschäftsordnung die Motionen
 - Heinz Sulzer betreffend Nutzungsplanung für das Gebiet der Altstadt (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2005)
 - Herbert Bühl betreffend Schutz von Brandmauern, Fassaden, Dächern und der erhaltenswerten Bausubstanz in der Altstadtzone (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2005)
 - Dr. Raphaël Rohner betreffend Parlamentarische Untersuchungskommission (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2004)
 - Bruno Merlof betreffend Überprüfung der Geschäftsordnung im Hinblick auf WoV (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2004)
 - Dr. Othmar Schwank betreffend Verteilung und Anerkennung von Sozialarbeit (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2003)
 - Iren Eichenberger betreffend finanzielle Leistungen an pflegende Angehörige (Fristverlängerung bis 31. Dezember 2003)

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

3. Als erledigt abgeschrieben werden die Motionen:

- Walter Joos betreffend Klarstellung der Bestimmungen über die Wahl der Geschäftsprüfungskommission
- Kommissionsminderheit Spezialkommission Parkhaus Herrenacker betreffend: Parkleitsystem und 2. Etappe Parkplatzkonzept
- Peter Käppler betreffend Einstellhallen für Fahrräder im Altstadtbereich
- Fraktionspräsidenten des Grossen Stadtrates betreffend Regierungsreform

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst die Vorlage des SR gut und stimmt den Anträgen der GPK mit **46 : 0 Stimmen** zu.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 VdSR - KSS, Projekt Winterdach über Freibad-Schwimmerbecken

Dieses Geschäft ist nicht verhandlungsbereit und wird daher nicht beraten.

Traktandum 3 MOTION GrSR-Fraktion SVP/EDU - Einführung von Eintrittsgebühren im Munot und im Museum zu Allerheiligen Antwort Museumsreferent/ Diskussion und Beschlussfassung

SR Thomas Feurer Stellungnahme des Museumsreferenten *
"Dem Motionär ist ein Kunststück gelungen. Er hat dem Stadtrat eine Motion "runter gejubelt", welche ein Stadtrat (Kollege Schönberger, den Munot betreffend) nicht entgegen nehmen und ich als Kulturreferent - das Museum betreffend - entgegen nehmen will.

Ich bitte Sie, diese drei Sachen Munot, Museum und Stadtbibliothek am Schluss auseinander zu halten.

Es ist mir bewusst, dass sich die Motion des Erstunterzeichners Christian Meister in eine ganze Reihe von Vorstössen auf persönlicher und übergeordneter Ebene stellt, die alle städtischen Kulturinstitutionen zu mehr Eigenwirtschaftlichkeit verpflichten wollen. Die einfachste Methode zu einer Verbesserung der Einnahmensituation ist tatsächlich die Erhebung von Eintrittspreisen oder - falls schon existent - die Erhöhung derselben. Was aber aus betriebswirtschaftlicher Sicht auf den ersten Blick Sinn machen mag, muss durch die Verantwortlichen auf die möglichen Auswirkungen

untersucht werden, angefangen bei der Akzeptanz bis zu den Veränderungen im Publikumsverhalten. Für die nötige Auslegeordnung sind einige Faktoren bekannt, andere fehlen oder sind mindestens spekulativ und müssen auf jeden Fall noch erhärtet werden. Als zuständiger Referent habe ich also die Chancen und Risiken des von den Motionären und Motionärinnen geforderten Systemwechsels abzuwägen, und ich möchte Ihnen diese nun in einer differenzierten Stellungnahme näher bringen.

Ausgangslage

Die Stadt Schaffhausen verfügt mit dem Museum zu Allerheiligen im ehemaligen Klosterkomplex über eine Kulturinstitution von nationalem Rang. Das Klostergeviert gilt als Geburtsstätte der Stadt Schaffhausen und hat sich seit der Gründung vor fast tausend Jahren als Zentrum des kulturellen Lebens halten können. Dass sich in der neueren Zeit in unmittelbarer Nachbarschaft mit dem Kulturzentrum Kammgarn und den Hallen für neue Kunst zwei zusätzliche Institutionen von hohem Rang zu diesem Geviert gesellten, ist als weitere Aufwertung zu verstehen und verpflichtet den Stadtrat, mit Sorgfalt und Umsicht auf die gewachsenen Strukturen zu reagieren.

Das Museum zu Allerheiligen ist dabei sicher jene Institution, die das städtische Kulturleben am längsten prägte und wesentlich zum kulturellen Selbstbewusstsein der Stadt und der Region beitrug und immer noch beiträgt. Der dritte Band der Kantonsgeschichte liefert dazu ein beredtes Zeugnis und zeigt die Bedeutung im ganzen Kontext auf. So gesehen ist es auch nicht verwunderlich, dass das Museum neben der kulturellen Ausstrahlung schon immer einen bedeutenden Platz im Budget der Stadt einnahm und vorab in der Bevölkerung der Stadt SH als unser Museum wahrgenommen wird. Es sei vorläufig dahingestellt, ob dieser Teil der Bevölkerung einen Eintritt goutieren würde, wenn schon die steuerlichen Zuschüsse beträchtlich sind.

Damit sind wir beim Thema des Motionärs, der sich von Eintrittsgebühren eine wesentliche Verbesserung der Ertragslage verspricht. Leider ist es bei Kulturausgaben fast unmöglich, eine wahre Kosten-/Nutzenrechnung zu machen, da sich auf der Ertragsseite viele unerfassbare Faktoren von der Standortverbesserung über Identitätsfragen bis zu bildungs- und sozialpolitischen Aspekten einstellen. Diese Zahlen haben quasi keine Lobby und können nur intuitiv erfahren werden. Ich bitte Sie aber trotzdem, sich bei Ihren Entscheidungen nicht nur von Zahlenspielen in Franken leiten zu lassen, sondern auch die anderen wertschöpfenden Faktoren des Museums zu Allerheiligen zu gewichten. Die effektive Lage im Museum stellt sich so dar, dass heute ja bereits auf Wechsel- und Sonderausstellungen je nach Umfang und Bedeutung der Ausstellung Eintritt erhoben wird, während die unveränderten Dauerausstellungen nicht mit einer Gebühr belegt sind. Diese Praxis verfolgte das Museum in den letzten drei Jahren - basierend auf den vor allem in Grossbritannien mit verschiedenen Gebührenmodellen gemachten Erfahrungen. Sie bewährte sich und wird auch von den Besuchenden gut akzeptiert. Die Aufstellung einer Spendenbox beim Eingang seit etwa drei Jahren führt darüber hinaus zu zusätzlichen Einnahmen von durchschnittlich etwa CHF 7'000.- p.a.; gerade Besuchende von Dauerausstellungen nutzen diese Möglichkeit bzw. werden auch aktiv vom Besucherservice darauf hingewiesen.

Dazu noch eine kleine Randbemerkung: Das Schaffhauser Stimmvolk hat 1997 der Erweiterung des Museums mit deutlichem Mehr zugestimmt.

Auch wenn damals vor allem der personelle Mehraufwand für diese 3 - 4'000 m² Mehrfläche leider nicht abgeklärt wurde, würden Abbauszenarien sechs Jahre später kaum zur Glaubwürdigkeit beitragen.

Publikumszahlen und Publikumserwartungen

Die Publikumszahlen werden seit Jahren im Geschäftsbericht des Stadtrates veröffentlicht. Wir können ihnen entnehmen, dass das Museum in normalen Jahren ohne grosse Sonderausstellungen ca. 25'000 bis 30'000 Besucherinnen und Besucher anzog. Im Jahre 2001 hat sich diese Zahl auf 45'000 erhöht, da das Museum mit der Eröffnung der Sammlung Ebnöther eine grosse Attraktion bieten konnte. Diese Ausstellung ist mit einer Eintrittsgebühr belegt. Die neusten Zahlen zeigen nun eher wieder das Bild der Vorjahre, wobei zu sagen ist, dass im EXPO-Jahr 2002 alle Museen Einbrüche zu verzeichnen hatten und vor allem auch Schulen eher an den Neuenburger See gefahren sind.

Bei den Publikumserwartungen sticht heraus, dass die Besuchenden heute wesentlich erwartungsvoller in die Museumswelt eintreten, und aufgrund der Reiselust und dem Bildungshunger eine professionelle Ausstellungspräsentation erwarten. Bei der Ebnöther-Ausstellung, welche den Stifter und die Stadt SH rund 1 Mio Franken gekostet hat, lässt sich erahnen, welchen Ansprüchen eine zeitgemässe Präsentation heute genügen muss, ganz abgesehen von den massiven Sicherheitsvorkehrungen, die heute in den Bereichen Objekt- und Personenschutz verlangt werden. Die Preise im Museum sind auch wegen diesen peripheren Massnahmen ständig gestiegen.

In Bezug auf die Relation Eintrittspreis und Produkt ist es unbestritten, dass das Publikum bereit ist, für eine gute Leistung einen entsprechenden Preis zu bezahlen. Das gilt vor allem auch für auswärtige Gäste, die sich oft über den Gratiszutritt wundern. Das heisst also, dass wir auch im Museum zu Allerheiligen für die Highlights ohne Probleme Eintritt verlangen können und dies auch längstens tun.

Etwas problematischer ist es dort, wo sich ein kritisches Publikum einem Museum gegenüber sieht, das trotz hervorragender Exponate und einem grosszügigen Ambiente Eintritt verlangt für eine Präsentation, die offensichtlich nicht mehr zur neusten Generation gehört. Dies gilt insbesondere für Gäste, die das Museum seit langem kennen und seit jeher eintrittsfrei in diese Sammlungsteile gehen konnten. Die Präsentation, insbesondere im historischen Teil, ist zum Teil 40 - 50 Jahre alt.

Das Museum hat nun in den letzten Jahren eine grosse Wandlung durchgemacht. Ich erwähne den Einbezug der Kammgarn und die mit grossen Investitionen verbundenen Verbesserungen im Eingangsbereich und in den Pfarrhäusern. Auch in den eigentlichen Sammlungsräumen wurden grosse Beträge in die Verbesserung der Sicherheit investiert, und die Fachgebiete Natur und Archäologie haben sukzessive Anpassungen erfahren. Als grösste Herausforderung gilt nun die Präsentation der neuen Stadtgeschichte, die unter dem Titel 'Stadt im Fluss' den historischen Fachbereich in ein völlig neues Kleid hüllen und neuste Überlegungen mit einbeziehen wird. Ermöglicht wurden und werden diese Schritte nicht zuletzt dank der Sturzenegger-Stiftung, die für das Museum, das regionale Kulturleben und indirekt auch für das Schaffhauser Gewerbe ein Glücksfall ist. Alleine in die Neugestaltung der Stadtgeschichte werden von der Stiftung über Fr. 3'500'000 investiert werden müssen.

Es ist mir ein Anliegen, das Engagement der Stiftung auch auf der Einnahmenseite zu verbuchen und bei der Betrachtung der viel zitierten Eigenwirtschaftlichkeit zu berücksichtigen. Schon in den Ausführungen zum Thema Reorganisation des Museums wurde bekannt gegeben, dass die Sturzenegger-Stiftung die städtischen Investitionen und Beiträge in etwa verdoppelt. Die Stiftung erwartet mit Recht eine Gegenleistung der Stadt.

Chancen und Risiken bei der Einführung von generellen Eintrittsgebühren

Auf dem beschriebenen Hintergrund muss sich also die Frage über die Erhebung von Eintrittsgebühren und das mögliche Szenario zur Einführung dieses neuen Instrumentes stellen. Ich habe die Stossrichtung der Motion mit dem Leitungsteam des Museums diskutiert und wir sind uns in der Einschätzung der Chancen und Risiken über alle Fachbereiche relativ einig.

Als Chancen wurden vor allem folgende Faktoren genannt:

- Verbesserung der Ertragssituation durch eine verursacherbezogene Aufwandsabgeltung
- Einbezug des Museums und der Sonderausstellungen in überregionale Tourismuspakete (Beispiel Bodenseerlebniskarte, auf der wir infolge Gratis Eintritt vorläufig nicht figurieren können!)
- Attraktivitätssteigerung für museumsnahe Vereinigungen infolge neuer Angebotsmöglichkeiten für Mitglieder (Beispiel Museumsverein)
- Erweiterung der Angebotspalette für andere Gönner- und Sponsoringkategorien (Private, Wirtschaft und Gemeinden)
- Einfachere Statistiken, da diese über Kassenterminals gekoppelt werden können

Alle diese Nennungen bedürften noch genauerer Abklärungen, um die Wirksamkeit und die finanziellen Auswirkungen substantivieren zu können. Trotzdem ist unübersehbar, dass einige gewichtige inhaltliche Gründe für die Umsetzung Ihrer Forderung sprechen.

Zu den Risiken haben wir uns natürlich ebenfalls Gedanken gemacht. Sie werden vor allem in den folgenden Bereichen geortet:

- Allgemeiner Besucherrückgang (Diesen negativen Trend haben alle deutschen Museen erfahren, die neu Eintritt erhoben und dies führte in einigen Fällen sogar zu Schliessungen!)
- Unverständnis der Stammkundschaft mit schlecht einschätzbaren Folgen inkl. öffentlichen Kampagnen z.B. in den lokalen Medien
- Unerfüllte Erwartungen in Bezug auf das Einnahmziel
- Unzufriedenheit der Besuchenden nach dem Besuch unveränderter Ausstellungen, die nicht auf dem neuesten Stand sind

Diese Risiken sind als real einzuschätzen und müssten bei einer Umsetzung einkalkuliert werden. In Schaffhausen kommt dazu, dass wir die Schaffhauser Bevölkerung vor der Einführung einer City-Card (Stichwort Motion Mittler und Vernetzung mit dem Thema Aufgabenteilung) vorläufig nicht privilegieren könnten. Als Alternative bliebe die Möglichkeit, die regelmässigen Besucherinnen und Besucher mit einem geschickten Marketingmix auf die Möglichkeiten der überregionalen Museumspässe aufmerksam zu machen, und zur Mitgliedschaft in

einem Partnerverein oder zum Kauf einer Saisonkarte anzuregen. Als weiteres Angebot könnten wir auf den eintrittsfreien Samstag verweisen, auf den nicht ohne Not verzichtet werden sollte.

Einnahmeerwartungen

Unter dem Titel Risiken habe ich die Einnahmeerwartungen erwähnt, die aufgrund der Stossrichtung der Motion einer Vertiefung bedürfen. Anhand der aktuellen Besucherzahlen soll eruiert werden, mit welchen Auswirkungen auf das Budget des Museums gerechnet werden kann.

Im Jahr 2002 verzeichnete das Museum zu Allerheiligen folgende Eintritte

Gratiseintritte in Dauerausstellungen	15'898 Personen
Gratiseintritte in Wechselausstellungen	1'012 Personen
Gruppen	2'979 Personen
<hr/> Total	<hr/> 19'898 Personen

Aus dem Verkauf der Eintritte resultierte ein Total von Fr. 18'763.-- in den verschiedenen Eintrittskategorien

Realistischerweise muss davon ausgegangen werden, dass von den freien oder reduzierten Eintritten ein substantieller Teil von Leuten beansprucht wurde, die Mitglied eines Partnervereins oder einer überregionalen Museumsorganisation sind.

Nehmen wir an, die Gratiseintritte in Wechsel- und Sonderausstellungen, im Jahr 2002 also 16'910 Personen, die an Vernissagen, an Samstagen, als Mitglieder museumsnaher Vereinigungen usw. im Museum waren, würden mit Eintrittspreisen belegt, dann resultieren theoretisch folgende Ergebnisse:

Durchschnittlicher Eintrittspreis (gem. obiger Tabelle) auf CHF 5.-	
16'910 x 5.- =	84'550.-
Erhöhung des durchschnittlichen Eintrittspreises auf CHF 7.-	
16'910 x 7.- =	118'370.-
Erhöhung des durchschnittlichen Eintrittspreises auf CHF 9.-	
16'910 x 9.- =	152'190.-

Wenn wir mit einem Besucherrückgang von 20% bis 30% rechnen und für die privilegierten Eintritte weitere 20% bis 30% in Abzug bringen, beläuft sich der zu erzielende Ertrag auf 50% bis 65% der kalkulierten Bruttoeinnahmen, also Fr. 40'000.-- bis knapp Fr.100'000.--. Dies entspricht etwa 2% bis 5% des Nettoaufwandes des Museums. Ein höherer Eintrittspreis als Fr. 9.-- ist wahrscheinlich nicht realistisch.

Wenn Sie mir nun signalisieren, dass rückläufige Besucherzahlen nicht ultimativ zu weiteren Sparbemühungen führen, und dem Museumsteam die Chance gegeben wird, die neue Philosophie auch inhaltlich umzusetzen und die beschriebenen Chancen zu nutzen, ist der Stadtrat bereit, Ihre Motion mit gewissen Anpassungen entgegen zu nehmen. Es ist nämlich zusätzlich nötig, unter dem Titel Chancen auch andere Einnahmemöglichkeiten auszuloten, die sich evtl. gegenseitig im Weg stehen könnten.

Fazit

Die Frage, ob im Museum Eintritt erhoben werden soll, ist aufgrund der Tradition des Hauses nicht zuletzt auch eine politische Frage. Der Stadtrat begrüsst es deshalb, die Ausgangslage heute darlegen zu können und die Meinung des Parlamentes zu erfahren. Er ist im Prinzip bereit, die generelle und einheitliche Einführung der Eintrittsgebühren zu prüfen und den Grossen Stadtrat innert Frist darüber zu informieren. Allerdings wäre es eine verpasste Chance, die Eintrittserhebung zum alleinigen Vehikel zu einer Verbesserung der Ertragslage zu machen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die kürzlich lancierte Diskussion über eine Verbreiterung der Trägerschaft, der neben dem Museum zu Allerheiligen auch andere Museumseinrichtungen der Stadt und ausserhalb angehören könnten. Neben der möglichen Verbesserung der finanziellen Abstützung wären durch eine Annäherung der Institutionen bedeutende Synergien in den Bereichen Administration, Personaleinsatz und -Ausbildung sowie in den museumspädagogischen und versicherungstechnischen Aspekten zu erzielen. Ich bitte Sie deshalb, dem Stadtrat und dem zuständigen Referat eine grössere Palette - als nur die generelle Einführung von Eintrittspreisen - in die Hand zu geben.

Zum Schluss verweise ich gerne noch auf ein höchst interessantes Gespräch, welches ich mit dem Sohn von Ratskollege Eduard Mittler, Reto Mittler, geführt habe, der seine Abschlussarbeit an der Hochschule St. Gallen der Wirkung und Bedeutung der Bodenseeerlebniskarte gewidmet hat. In diesem Gespräch habe ich signalisiert, dass wir uns bemühen werden, uns bereits ab 2004 mit dem Museum zu Allerheiligen hier zu beteiligen, um von diesem Marketinginstrument profitieren zu können. Gleichzeitig würde ich auch versuchen, die Hallen für neue Kunst für eine Teilnahme zu gewinnen. Wenn dies auch andere Anbieter in der Region zum Mittun animieren würde, könnte dies auch ein positives Signal für die touristischen Anliegen aussenden.

Da die Motionäre in Ihrem Vorstoss die gleichzeitige Einführung von Eintrittsgebühren für den Munot verlangen und diese inhaltlich nicht miteinander verknüpft werden können, kann der Stadtrat die Motion in Bezug auf das Museum nur mit folgendem abgeänderten Wortlaut entgegennehmen:

Der Stadtrat wird beauftragt, den Grossen Stadtrat über die generelle Einführung von Eintrittsgebühren und/oder alternativen Modellen zur Verbesserung der Ertragslage im Museum zu Allerheiligen zu informieren.

In diesem Sinne freue ich mich auf eine angeregte Diskussion."

Der Ratspräsident stellt fest, dass es Sinn gemacht hätte, Munot und Museum bei der Motionseinreichung zu trennen. Er fragt den Motionär an, ob er bereit sei, im Sinne des Vorschlages des Kulturreferenten, den Munot aus dem Motionsbegehren heraus zu nehmen.

Christian Meister (SVP) Motionär *

"Sie stellen uns, die SVP, vor eine schwere Entscheidung, aber wir wären natürlich schlechte Politiker, hätten wir uns nicht auch auf ein solches Szenario vorbereitet.

Nachdem anlässlich der letzten Grossstadtratssitzung vor 14 Tagen Stadtrat Kurt Schönberger in ausschweifenden Zügen die Geschichte des Munots bis ins Jahr

1589 zurück verfolgt hatte, wissen Sie ja eigentlich gar nicht, was für eine geschichtliche Chance Sie sich heute vergeben.

Stellen Sie sich vor, wie dieser Rat in 250 Jahren dagestanden hätte, wenn unsere NachfolgerInnen in diesem Rat über das Jahr 2003 berichtet hätten; wie 5 weise Stadträte und Stadträtinnen eine Eintrittsgebühr auf den Munot beschlossen hätten, was der Startschuss zur wirtschaftlichen Prosperität dieser Stadt Schaffhausen war, die damals noch 35'000 Einwohner hatte und heute eine Grossstadt mit über 100'000 Einwohnern ist.

Mit einem Fluss mitten durch die Stadt, denn Neuhausen, Langwiesen, Feuerthalen, Flurlingen, Dachsen und Uhwiesen sind längst eingemeindet. Mit wunderschönen Promenaden entlang dem Rhein – wie von SP-Grossstadtrat Urs Tanner seinerzeit vor 251 Jahren angeregt, einer autofreien Rheinuferstrasse -, einem Staatstheater, einem Opernhaus, dem wichtigsten Museum der Schweiz, und so weiter.

Nun, Träume sind bekanntlich Schäume, und wie sagte einmal ein berühmter Schweizer Industrieller: „Das Leben ist eine Summe verpasster Gelegenheiten.“

Und Sie meine Frau Stadträtin, liebe Stadträte, scheinen sich nun entschieden zu haben, eine dieser Gelegenheiten zu verpassen. Immerhin haben Sie Bereitschaft signalisiert, die Motion zur Einführung von Eintrittsgebühren im Museum zu Allerheiligen entgegen zu nehmen. Nachdem wir uns leider nicht auf unsere bürgerlichen Freunde in dieser Sache verlassen können, die bei der City Card noch einmütig hinter ihrem Votanten und seiner geforderten Eintrittsgebühr in den Munot gestanden hatten, ist uns heute halt der Spatz in der Hand lieber, als die Taube auf dem Dach. Darum nehmen wir Ihren Kompromissvorschlag an und ziehen das entsprechende Begehren für den Munot zurück!"

Edgar Mittler (FDP) Fraktionserklärung FDP/CVP *

"Mit meinen fussballerischen Künsten ist es leider nicht mehr so weit her, um so mehr freue ich mich, dass mein "Steilpass" bei der SVP, insbesondere bei Christian Meister, so gut angekommen ist.

Die FDP/CVP-Fraktion geht in der Sache selbst mit dem Motionär grundsätzlich einig. Es kann nicht sein, dass die Kulturausgaben laufend ansteigen, während die Einnahmen stagnieren oder sogar leicht zurückgehen. Auch wir sind der Meinung, dass das Thema Eintrittsgebühren nicht auf die lange Bank geschoben werden darf, sondern baldmöglichst zu behandeln ist. Die Gründe dafür habe ich Ihnen in meiner Motionsbegründung City-Card vom 17. September 2002 ausführlich dargelegt. Der Rat hat die Motion denn auch mit 33 : 3 Stimmen deutlich überwiesen.

Wo wir mit dem Motionär nicht einig gehen, ist in der Vorgehensweise. Christian Meister zielt auf einzelne Einrichtungen ab und möchte dort die Eintrittsgebühren sofort und generell, d.h. für alle - StadtschaffhauserInnen oder nicht - einführen. Unserer Meinung nach ist das aber nicht der richtige Ansatzpunkt. Wie gesagt, auch wir setzen uns für zusätzliche Einnahmen ein, nur sollte dies im Rahmen eines Gesamtpaketes diskutiert werden. Mit der Einführung einer City Card könnte nämlich nicht nur der Munot, das Museum und die Stadtbibliothek erfasst werden, sondern eben z. Bsp. auch die KSS, die Rhiibadi, das Stadttheater, die VBSH, die Hallen für neue Kunst oder das Museum Stemmler.

Sobald nämlich in diesen Institutionen Eintritt verlangt wird, die heute noch unentgeltlich besucht werden können, könnten diese in die Bodensee-Erlebniskarte integriert werden. Mit dieser Karte, die vor allem von Touristen gekauft wird, können Erlebnisziele wie Museen, Burgen, Bäder usw. gratis besucht werden. Von der Verrechnungsstelle des "Bodensee Tourismus" wird dann entsprechend der Anzahl Besuche die Hälfte der Eintrittspreise zurück vergütet. Mit der Einführung von Eintritten erhielten wir also die einmalige Chance, dank der Bodensee-Erlebniskarte zahlreiche Touristen und entsprechende Einnahmen nach Schaffhausen zu bringen, wovon nicht nur das Museum, sondern eben auch die Gastronomie, die Hotellerie, das Dienstleistungsgewerbe, ja die ganze Region, der Rheinfall und das Blauburgunderland profitieren würde.

Wie Sie sich vielleicht erinnern, wurde meine Motion insofern geändert, als die Befristung für Bericht und Antrag - ich hatte eine solche bis Ende Juni 2003 gefordert - herausgenommen und durch den Zusatz *unter Berücksichtigung der Erkenntnisse des Projekts 'Aufgabenteilung des Kantons'* ersetzt wurde. Ich habe damals diesem Zusatz nur knurrend zugestimmt, eben weil ich befürchtete, dass wir bis zum "Nimmerleinstag" warten müssen, bis endlich Resultate dieses Projektes vorliegen. Nun wurde mir aber von stadträtlicher Seite glaubhaft versichert, dass dieses Projekt auf sehr guten Wegen sei und - man höre und staune - bis Ende Jahr eine entsprechende Vorlage präsentiert werden soll.

Ich fasse zusammen:

- Punkt 1: Grundsätzlich ist die Erhebung von Eintrittsgebühren richtig und dringlich.
- Punkt 2: Eintrittsgebühren sollen aber nicht generell durch alle BesucherInnen, sondern differenziert nach StadtschaffhauserInnen und Auswärtigen erhoben werden.
- Punkt 3: Wenn generell von allen BesucherInnen Eintrittsgebühren verlangt werden, soll für InhaberInnen der City Card ein vergünstigter, resp. für Auswärtige ein höherer Tarif angewendet werden.
- Punkt 4: Die Zielsetzungen der Motion Meister sind einseitig auf einzelne Einrichtungen ausgerichtet.
- Punkt 5: Die Frage der Eintrittsgebühren soll deshalb in einem Gesamtpaket im Rahmen der City Card geprüft und diskutiert werden; für diesen Auftrag haben wir ja bereits eine von diesem Rat überwiesene Motion.
- Punkt 6: Die Vorlage des Kantons betr. Aufgabenteilung resp. Abgeltung von Zentrumsleistungen soll noch in diesem Jahr erarbeitet werden, so dass einer beförderlichen Behandlung meiner Motion City Card durch den Stadtrat nichts im Wege steht. Wir werden auf jeden Fall genau darauf achten, dass die stadträtliche Vorlage innert nützlicher Zeit in diesem Rat behandelt werden kann, nicht zuletzt auch im Hinblick auf eine möglichst baldige Integration in die Bodensee-Erlebniskarte.

Die FDP/CVP Fraktion wird also die Motion Meister aus den erwähnten Gründen mehrheitlich ablehnen oder sich der Stimme enthalten. Soweit die Fraktionserklärung bzw. der Beschluss aus unserer Fraktionssitzung.

SR Feurer hat mich heute mit seiner Stellungnahme überrascht, aber auch sehr erfreut. Es stellt sich allerdings die Frage, ob der Stadtrat nicht in eigener Kompetenz - ohne Motion Meister - bereits kurzfristig generell einen bescheidenen Eintritt verlangen und diesen bei einer allfälligen Einführung der City Card für Auswärtige dann erhöhen könnte. Das wäre eine Möglichkeit."

Peter Neukomm (SP) Fraktionserklärung *

"Im Gegensatz zu Edi Mittler habe ich gar keine Freude an dieser Stellungnahme, das Museum betreffend. Darauf komme ich noch zurück. Ich wollte eigentlich zuerst zum Munot etwas sagen. Insbesondere die Verknüpfung mit dem heutigen Tag hätte mir schon etwas Freude gemacht. Ich muss dem Motionär aber zugute halten, dass er im richtigen Moment noch den Rückzug angetreten hat, auch wenn er wenig Einsicht gezeigt hat bezüglich der Ernsthaftigkeit des Anliegens für einen freien Eintritt und sich wohl eher der Macht des Faktischen gebeugt hat. Ich glaube, dass nicht nur die überwiegende Mehrheit des Vorstandes des Munotvereins, sondern auch die grosse Mehrheit der Schaffhauser Bevölkerung die Schwächen dieses Vorschlages gesehen hat.

Ich werde mich daher auf das Museum zu Allerheiligen beschränken. Ich finde es nicht sehr gut, dass wir das Museum und die Stadtbibliothek getrennt diskutieren, weil es viele Berührungspunkte gibt. Wir kommen bei der Behandlung der Motion bezüglich Stadtbibliothek nochmals darauf zu sprechen.

Das Museum erfüllt wie die Stadtbibliothek einen äusserst wertvollen Bildungsauftrag. Dabei strahlt es über unsere Stadt- und Kantonsgrenzen hinaus und bildet im Standortwettbewerb einen Attraktivitätsposten. Mit dem SVP-Vorstoss, Eintrittsgebühren zu verlangen, wird dieses positive Image klarerweise geschwächt. Die heute kostenlos zu begehenden Bereiche des Museums werden auch von Familien immer wieder gerne besucht. Dazu gehört auch meine Familie. Man muss nicht gleich das ganze Haus auf einmal anschauen, was mit kleineren Kindern auch nicht sinnvoll ist. Man kann immer mal wieder hingehen und sich einen Bereich aussuchen. Da würde eine Eintrittsgebühr, insbes. auf Familien mit kleinerem Einkommen, eine abschreckende Wirkung zeitigen. Darüber hinaus gibt es ein ähnliches Problem wie beim Munot: Die historische Abteilung wurde in den letzten Jahrzehnten kaum verändert. Bei der Erhebung einer Eintrittsgebühr ohne wesentliche Attraktivierung wäre deshalb mit einem Einbruch der Besucherzahlen zu rechnen. Das wollen wir nicht. Darum ersparen wir uns doch die schlechten Erfahrungen der Stadt Paris, die für ihre städtischen Museen die Gebühren unterdessen wieder abgeschafft hat! Wir sind stolz darauf, dass unsere Stadt der Bevölkerung einen solchen service public bietet, dazu gehört auch die Stadtbibliothek. Das sind u.E. gut angelegte Steuergelder - und so soll es auch bleiben. Die Einführung von Gebühren kommt für uns in diesem Bereich nicht in Frage, vor allem, was die Stadtbibliothek betrifft; doch dazu kommen wir später. Denn man möchte doch mit diesen Institutionen so viele Menschen wie möglich abholen, vor allem Kinder, Jugendliche und in Ausbildung Stehende, um ihnen Geschichte, Kultur und Allgemeinwissen näher zu bringen. Darüber bzw. über diese Zielsetzung haben wir von den bürgerlichen Referenten leider nichts gehört.

Die Stadt sollte also alles unternehmen, damit möglichst grosse Bevölkerungsteile diese wertvollen Institutionen häufig benützen. Die Erhebung von Benützungsgebühren zielt in die entgegengesetzte Richtung.

Darüber hinaus geht es aus politischer Sicht für uns nicht an, dass das Zielpublikum dieser Bildungsinstitutionen Museum und Bibliothek - Kinder, Jugendliche, in Ausbildung Stehende und Familien - erhalten muss, Einnahmen zu generieren, um gleichzeitig dann wieder mittels Steuerfussenkungen Spitzenverdiener zu entlasten. Das ist nicht SP-Politik, das ist SVP-Politik. Damit haben wir nichts am Hut.

Nun noch zum Zusammenhang mit der City Card: Das hat Edi Mittler gut aufgenommen. Ich bin froh, dass die FDP Fraktion das gemerkt hat. Dieser Rat hat die Motion Mittler erheblich erklärt. Die SVP versucht nun noch im Nachhinein auf den fahrenden Zug zu springen, indem sie vorweg einzelne städtische Institutionen heraus pickt, um dort Gebühren einzuführen, und zwar mit der Begründung, man habe dann mit der City Card die Möglichkeit, die städtische Bevölkerung wieder zu entlasten. Da zäumen Sie das Pferd am Schwanz auf! Das ist also auch vom Vorgehen her der falsche Weg.

Ich bin erstaunt, dass Edi Mittler am Schluss wieder eine Kehrtwende gemacht hat und beim Museum jetzt plötzlich zu akzeptieren bereit ist, dass vorher generell Eintrittsgebühren erhoben werden. Das ist widersprüchlich gewesen.

Die City Card ist uns grundsätzlich nicht sympathisch. Wir haben das bereits bei der Behandlung der Motion Mittler dargelegt. Es kann doch nicht angehen, dass es unter den Gemeinden eines gewachsenen Bundesstaates, auch über die Kantonsgrenzen hinweg, keine Solidarität mehr gibt und jede Kommune ein Bevorzugungssystem für ihre eigene Bevölkerung einführt! Wir zählen immer noch auf die Vernunft und den Gemeinsinn der Kommunen, deren Bevölkerung die städtischen Institutionen und Einrichtungen gerne und rege benützt. Es sind Lösungen bei der Abgeltung der Zentrumsfunktionen unserer Stadt in den laufenden Prozessen auf kantonaler Ebene zu finden. Wir hoffen auch immer noch, dass die Gemeinden der angrenzenden Kantone Einsicht zeigen und sich auf freiwilliger Basis an unseren Kosten beteiligen. Eine City Card darf wirklich nur ultima ratio sein, wenn alle anderen Stricke gerissen sind. Soweit sind wir aber zum Glück noch nicht. Gefragt ist darum heute die Unterstützung des Stadtrats bei seinen Bemühungen auf kantonaler Ebene und über die Kantonsgrenzen hinaus. Mit der Überweisung der Gebührenmotionen der SVP würde die Position des Stadtrats aber nicht gestärkt, sondern geschwächt. Die städtische SVP könnte unserer Meinung nach wesentlich mehr für unsere Stadt erreichen, wenn sie endlich einmal dafür sorgen würde, dass ihre Parteikolleginnen und -kollegen im Kantonsrat die städtischen Anliegen bezüglich Abgeltung der Zentrumsfunktionen ernst nehmen und unterstützen würden. Dort liegt nämlich des Pudels Kern!

Ich möchte hier noch einige Bemerkungen zur Stellungnahme des Museumsreferenten abgeben, die mich doch etwas erstaunt hat. Er hat ganz klar zu erkennen gegeben, dass ohne wesentliche Attraktivierung des bisher unentgeltlich zu besuchenden Teils des Museums ein Besuchereinbruch zu erwarten sein wird. Davon gehen auch wir aus. Wenn Sie das verantworten wollen, dann ist das Ihre Sache. Wir wollen das nicht verantworten, weil wir das Bildungsziel, das man in diesem Museum hat, auch weiterhin ernst nehmen wollen.

Wenn Sie einheimische Familien vor einer allfälligen Einführung einer City Card nicht verlieren wollen, müssen Sie zukünftig nicht den Samstag gebührenfrei machen, sondern den Sonntag.

Noch ein Wort zu den zu erwartenden Nettoeinnahmen. Ohne einen wesentlichen Besuchereintrich gehen wir von Beträgen um die 40'000 Franken aus, wie wir gehört haben. Das ist m.E. Verhältnisblödsinn angesichts des Risikos, das man eingeht, dass die Leute ausbleiben werden und die bildungspolitischen Ziele in Frage gestellt würden.

Wir werden der Motion nicht zustimmen."

Kurt Zubler (SP) Votum *

"Vorerst ein Hinweis zu den Äusserungen von Christian Meister. Wenn er der Meinung ist, dass die Erhebung von Eintrittsgebühren für den Munot die grosse Chance für die Stadt Schaffhausen sei, dann rufe ich ihn auf, eine Volksinitiative zu starten. Er wird sich damit sicher beliebt machen und wird auch erfahren, was die Schaffhauser Bevölkerung davon hält.

Nun aber noch etwas Grundsätzliches. Peter Neukomm hat dazu das Wesentliche gesagt. Es ist auch eine Frage der Standortqualität. Es ist unglaublich, dass Sie dauernd und lautstark über unsere Kulturaufwendungen und die fehlenden Gebühren lamentieren. Da wollen wir alle junge, möglichst begüterte Familien nach Schaffhausen holen. Jetzt wollen wir diese mit dem verheissungsvollen Ruf nach Schaffhausen locken: "Hosianna, endlich verlangen wir Eintritte und Gebühren! Freut Euch Neuzuzüger, wir werden von Euren Kindern und Jugendlichen in der Stadtbibliothek und im Museum endlich Eintritte und Gebühren verlangen können!" Und bezüglich Munot - nach dem geänderten Wortlaut der Motion nicht mehr aktuell - hätten wir diesen Leuten sagen können: "Wenn Sie Ihren Gästen die schöne Aussicht über die Stadt und den Rhein zeigen wollen, dürfen Sie sie endlich mit Geld einladen. Der Genuss wird ungleich höher sein!"

Spass beiseite. Wieso erkennen Sie dies nicht endlich als wichtigen Standortfaktor? Wieso werben Sie nicht lieber mit diesen Qualitäten, etwa im Sinn von: "Liebe Familien, die Hauptstadt des Kantons Schaffhausen bietet Ihnen etwas Besonderes, wir setzen auf Kultur und Bildung und nicht auf Gebühren und Eintritte. Herzlich willkommen in der Kulturstadt Schaffhausen, herzlich willkommen auf dem einmaligen Munot!"

Peter Wullschleger (CVP) Votum *

"Ich vermag dem Anliegen des Motionärs, die Stadtkasse entlasten zu wollen, einiges an Sympathie abzugewinnen. Die Frage stellt sich indessen, ob die zur Diskussion stehende Motion der richtige Weg ist. Materielle, formelle, politische und psychologische Gründe sprechen jedenfalls dagegen.

Bei rund 200'000 BesucherInnen, die insgesamt Munot und Museum besichtigen, stellt sich mir die Frage nach dem Nutzen für die Staatskasse im Verhältnis zum Aufwand. Ich gehe nämlich davon aus, dass rund die Hälfte dieser Besucherinnen und Besucher in der Stadt Schaffhausen ansässig ist, was bei Einführung einer City Card mit grosser Wahrscheinlichkeit dazu führen wird, dass sie von der Entrichtung eines Eintrittsgeldes befreit wäre. Die andere Hälfte mit durchschnittlich 2 Fr. Eintritt belastet, würde zu Nettoeinnahmen von schätzungsweise Fr. 150'000.-- führen, also rund 1,5 Promille des städtischen Budgets. „All daa“ pflegt man zwar in Schaffhausen zu sagen, doch darf mir der Motionär nicht böse sein, wenn ich

behaupte, dass sich ein Mehrfaches dieser Summe auf andere Weise verfügbar machen liesse, und erst noch mit positiverer Aussenwirkung als von auswärtigen Munot- oder MuseumsbesucherInnen Gebühren zu erheben. Meine Vorschläge in diesem Zusammenhang kennen Sie ja.

Am 17. September 2002 hat der Grosse Stadtrat die Motion Mittler gutgeheissen, mit welcher der Stadtrat beauftragt wird, die Einführung einer City Card zu prüfen. Wird nun die vorliegende Motion erheblich erklärt, kann dies zu einer unerwünschten Kollision der beiden Motionen führen, soll doch die Einführung einer City Card unter Berücksichtigung der Erkenntnisse des Projekts "Aufgabenteilung des Kantons" geprüft und nicht grundsätzlich Eintrittsgebühren erhoben werden. Hier dem Stadtrat politischen Handlungsspielraum wegzunehmen, erachte ich zum heutigen Zeitpunkt nicht als richtig.

Im Weiteren mutet es den aussenstehenden Beobachter der städtischen Politlandschaft wohl seltsam an, wenn der Grosse Stadtrat auf der einen Seite Steuern senkt, auf der andern Seite aber den Einnahmeausfall über die Erhebung von Gebühren korrigieren will. Zum breiten Verständnis des dieser Überlegung zu Grunde liegenden Verursacherprinzips wäre eine Grundsatzdiskussion über den Umfang und die Finanzierung des service public angezeigt. Diese könnte im Rahmen der WoV-Umsetzung geführt werden, würde zu einem kohärenten System der Finanzierung staatlicher Leistungen führen und ist deshalb einer Pflasterlipolitik im Einzelfall vorzuziehen.

Aufgrund dieser Überlegungen hätte die CVP der Motion in der ursprünglichen, undifferenzierten Form nicht zustimmen können. Selbst die Beschränkung auf das Museum und die Ergänzungen des Museumsreferenten können uns nicht überzeugen. Das Anliegen des Motionärs kann im Rahmen der Ausarbeitung einer City Card ganzheitlich Berücksichtigung finden."

Bernhard Egli (OeBS) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB *

"Für die OeBS/EVP/GB Fraktion ist das heutige System mit Gratiseintritt allgemein und Eintrittsgebühren für Wechselausstellungen richtig. Eine generelle Einführung von Eintrittsgebühren im Museum lehnen wir ab.

Nur ein paar Punkte, denn vieles ist schon gesagt worden:

1. Dass möglichst viele Leute die verschiedenen Abteilungen besuchen und sich so weiterbilden, gewichten wir weit höher als ein zu erwartender kleiner Einnahmeposten.
2. Die Chance, zusätzliche Beiträge zu erhalten, sei dies vom Kanton oder von den Zürcher Nachbargemeinden, schätzen wir ohne Erhebung von Eintrittsen höher ein.
3. Die Chancen für einen gerechten Zentrumslastenausgleich zwischen Kanton, Stadt und den Kommunen werden durch die vorgesehene - finanziell eher marginal ausfallende Massnahme - torpediert. Finanziell wird unter dem Strich wohl eher ein Schaden resultieren, zusätzlich zum zu erwartenden Besucherrückgang.
4. Eintritte generell zu erheben, um sie z.B. über die Bodensee-Erlebniskarte wieder zu erlassen, macht keinen Sinn. Dazu können als Werbeträger

Wechselausstellungen beigezogen werden, welche mit dieser Karte gratis besucht werden könnten.

Aus diesen Gründen ist die OeBS/EVP/GB Fraktion gegen die Einführung von Eintrittsgebühren, egal ob diese den Munot, das Museum oder die Stadtbibliothek betreffen. Der Munot ist nun bereits gestrichen, das andere kann man auch streichen.

Was wir mit der Überweisung der Motion Edi Mittler beschlossen haben, gilt weiterhin. Dazu stehe ich auch heute noch. Wer aber damals der Motion zugestimmt hat, muss jetzt Nein stimmen, um das Vorhaben Einführung einer City Card nicht zu gefährden."

Josef Eugster (SVP) Votum

"Wenn ich mich an die Budgetdebatten erinnere, dann bin ich schon etwas erstaunt über das Verhalten einiger Ratsmitglieder. Dort spricht man von Einsparungen und Schuldenabbau. Da wird diskutiert, wie man die finanzielle Situation der Stadt verbessern könnte. Mit der Überweisung der beiden Motionen hätten wir einen Schritt in die richtige Richtung getan und uns anderen Städten, welche wir sonst immer vergleichen, anpassen können. Offensichtlich sind der Stadtrat und auch Teile dieses Parlamentes bereit, kommenden Generationen ein Schuldenpaket zu überlassen. Ich kann Ihnen mitteilen, dass wir in Bälde ein weiteres Museum zu unterhalten haben in dieser Stadt."

Erwin Sutter (EDU) Votum

"Ich möchte zuerst dem Museumsreferenten danken, dass er einen sehr guten Gegenvorschlag gemacht hat. Er hat mir gefallen, weil er das Ganze etwas ausweitet und den Markt etwas öffnet. Ich bin eher enttäuscht über das Verhalten der FDP." Der Votant versteht nicht - wenn man die Motion Mittler "City Card für Stadtschaffhauserinnen und Stadtschaffhauser" überwiesen hat - dass man sich nun dagegen stellt, wenn die Gebührenerhebung für das Museum und die Stadtbibliothek vorgezogen werden wollen. Am Schluss bliebe für die City Card nur noch die KSS. "Man lässt jetzt das Museum fallen. Das ist eine schlechte Sache. Ich habe das Gefühl, dass man die Urheberrechte geltend machen will: "Wir sind die, welche diese Motion gebracht haben." Ich möchte aber sagen, dass wir schon vor Jahren gefordert haben, man soll beim Museum Gebühren einführen. Wenn wir schon von Urheberrechten sprechen, dann könnten wir diese in Anspruch nehmen; aber ich verzichte darauf. Es geht hier um mehr. Das Museum soll mehr Einnahmen bekommen. Es soll vermehrt zur Kenntnis genommen werden, dass es in Schaffhausen Museen gibt (Stichwort Bodensee-Erlebniskarte).

Bezüglich der zu erwartenden Einnahmen bin ich nicht ganz einverstanden mit dem, was SR Thomas Feuerer errechnet hat - 40'000 bis 100'000 Franken. 2001 verzeichneten wir ca. 28'000 Einzel-Eintritte (ohne Wechselausstellungen) und Schulen ca. 5'000 Eintritte (ohne Wechselausstellungen). Die Schulen sollen weiterhin gratis ins Museum gehen können. Dann verzeichneten wir noch 3'420 Gruppenbesuche. Wenn wir nun eine Gebühr von 7 Franken für Einzeleintritte zugrunde legen und Fr. 25.-- pro Gruppe, so kommt man leicht auf Fr. 200'000.--, auch wenn man einen Besucherrückgang in Kauf nehmen muss. Durch eine bessere Präsenz am Markt resultieren vielleicht auch Mehreinnahmen.

Gebühren sind grundsätzlich verursachergerecht. Ich halte nichts von diesem sozialistischen Gefasel, dass für Alle alles gratis sein soll; das möchte ich der FDP auch einmal ins Stammbuch schreiben. Verursachergerechte Gebühren sind etwas, was im Grundlagenpapier der FDP steht.

Die Feststellung, dass es ein Standortvorteil sei, wenn man in Schaffhausen keine Gebühren erhebt, ist etwas an den Haaren herbei geholt. Es wird niemand nach Schaffhausen ziehen, weil es hier keine Gebühren gibt. Wichtig ist, dass wir hier gute Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen sowie niedrige Steuern haben. Das ist wichtiger, als keine Gebühren im Museum oder in der Stadtbibliothek zu erheben.

Abschliessend: Nehmt das Angebot des Stadtrates ernst und geht auf diesen Vorschlag ein!"

Esther Bänziger (SP) Votum

"Ein kurze Bemerkung zum Votum von Sepp Eugster und von Erwin Sutter.

"Meine Haltung ist klar, ich brauche mich dazu nicht zu äussern. Wenn man angesichts dieser bescheidenen Einnahmen, welche nach Abzug der mit der Einführung von Eintrittsgebühren verbundenen Ausgaben vielleicht verbleiben, gleichzeitig behauptet, dass wir gegen den Schuldenabbau seien, so passt das nicht zusammen. Wenn es um Millionen ginge, welche die Sozialisten - wie wir heute netterweise bezeichnet wurden - mit diesen Gratiseintritten verschleudern, dann könnte man uns dies vorwerfen. Ich möchte Euch schon bitten, bei den Realitäten zu bleiben."

Raphaël Rohner (FDP) Votum

"Lieber Ratskollege Erwin Sutter. Wenn Du von sozialistischem Geschwafel sprichst und uns angreifst, so bedaure ich das ausserordentlich. Du wirst Dir das über die Nacht überlegen und allenfalls dann feststellen, dass das an die falsche Adresse gerichtet war. Wir haben durch unseren Fraktionssprecher Edi Mittler sehr gute Gründe angeführt, weswegen wir uns hier zu dieser Motion eine differenzierte Meinung gebildet haben und heute auch frei dazu entschliessen werden, unsere Stimme abzugeben. Ich bin sehr enttäuscht über solche persönliche Anwürfe, die heute in dieser Debatte gegenüber der anderen bürgerlichen Fraktion von Eurer Seite ausgesprochen werden. Wir betreiben eine lösungsorientierte Politik. Wir haben mit der Motion von Edi Mittler mit der City Card klar signalisiert, dass wir ebenfalls der Meinung sind, dass auf der Gebührensseite etwas getan werden muss. Aber wir machen das nicht punktuell, sondern so, wie es von Seiten des Stadtrates auch zugesichert worden ist - als Gesamtpaket. Ich bedaure es ausserordentlich, dass es so weit kommen musste, aber hier muss Klartext gesprochen werden. Wir werden nur einer Lösung zustimmen, die von einer Gesamtschau ausgeht, und die vor allem auch berücksichtigt, dass es Anliegen in unserer Stadt hat, die es eben auch zu bedenken gilt. Ich werde mich bei der Stadtbibliothek noch dazu äussern. Peter Neukomm hat zu Recht bildungspolitische Anliegen angesprochen. Wir haben auch kulturelle Anliegen, wir haben einen Standortvorteil, den es auch noch auszuspielen gilt. Wir haben EinwohnerInnen in dieser Stadt, welche Steuern bezahlen; dafür haben sie einen Anspruch, gewisse Gegenleistungen zu erhalten. Dass wir Gebühren erheben für Leute, die von auswärts kommen, dagegen habe ich auch nichts. Dass wir hier einen differenzierten Tarif zur Anwendung bringen werden, dagegen habe ich auch nichts.

Aber es bringt nichts, wenn wir jetzt punktuell irgendwo in einem Bereich vorpreschen und nachher feststellen, dass es besser gewesen wäre, man hätte eine Gesamtlösung angestrebt."

Erwin Sutter (EDU) Votum

"Ich habe nicht die FDP angesprochen mit dem "sozialistischen Gefasel", sondern ich habe die linke Ratsseite angesprochen; wir sollten nicht auf dieses Gefasel eingehen."

Christian Meister (SVP) Schlusswort des Motionärs

"Es bleibt mir nur noch festzuhalten, dass wir den Ball, den uns SR Thomas Feurer zugespielt hat, gerne aufnehmen würden. Wir werden den Motionstext wie folgt abändern:

'Der Stadtrat wird beauftragt, den Grossen Stadtrat über die generelle Einführung von Eintrittsgebühren und/oder alternativen Modellen zur Verbesserung der Ertragslage im Museum zu Allerheiligen zu informieren.'

ABSTIMMUNG

Der Rat lehnt die Motion (mit dem geänderten Text) mit 34 : 10 Stimmen ab.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 4 MOTION GrSR-Fraktion SVP/EDU - Einführung von Leihgebühren in der Stadtbibliothek

Christian Meister (SVP) Begründung *

"Ich verzichte jetzt darauf, Jahrhunderte in der Geschichte zurück zu blenden und verweise im Zusammenhang mit der Vorgeschichte - weshalb wir diese Motion eingereicht haben - auf die Begründung unserer Motion zur Einführung von Eintrittsgebühren im Munot und im Museum zu Allerheiligen.

Die Hintergründe sind nämlich die gleichen. Wir können nicht nur immer mehr Ausgaben beschliessen, sondern wir müssen mehr Einnahmen generieren und zwar dort, wo es Sinn macht und vor allem dort, wo nur Einzelne die entsprechenden Dienstleistungen in Anspruch nehmen.

Deshalb zur Begründung nur noch soviel: Rücksprachen bei anderen Bibliotheken haben zwei Sachen ergeben. Erstens war ich nicht der oder die einzige aus Schaffhausen, die andere Bibliotheken angefragt haben, ob und wie viel Gebühren sie für die Ausleihe verlangen, und zweitens sind wir in der Schweiz nicht die einzigen, die keine Gebühren verlangen. Es gibt aber auch zahlreiche Bibliotheken, die ebenfalls Gebühren für die Ausleihe verlangen.

Ich möchte deshalb einer Vorlage nicht vorgreifen, sondern einzig festhalten, dass wenn dieser Rat diese Motion an den Stadtrat überweist, dieser das Rad nicht neu erfinden müsste, sondern dass der Stadtrat auf die Erfahrungen zahlreicher anderer Bibliotheken in der Schweiz zurückgreifen und uns eine gute Vorlage liefern könnte.

Beispiele aus anderen Städten zeigen auch, dass es eine falsche Aussage ist, wir könnten unserem Bildungssystem resp. dem Bildungsauftrag nicht mehr nachkommen, wenn wir Gebühren in der Stadtbibliothek einführen würden. Denn ganz bestimmt werden sich diese Personen, die bereits heute die Stadtbibliothek nützen, nicht von einer angemessenen Gebühr abhalten lassen, dies auch weiterhin zu tun und diejenigen, die noch nie von der Stadtbibliothek Gebrauch machten, werden es auch weiterhin nicht tun, ob gratis oder nicht.

Gespannt warte ich deshalb auf die Pro und Kontras zu unserem Begehren und freue mich natürlich, wenn Sie unsere Motion an den Stadtrat überweisen und wir somit der Stadtkasse wieder etwas Entlastung bringen können."

Stadtpräsident Marcel Wenger Antwort des Stadtrates *

"Die Stadtbibliothek, bestehend aus dem Stammhaus und der Freihandbibliothek Agnesenschütte, gehört mit dem Stadttheater und dem Museum zu Allerheiligen zu den Erbringern von zentralörtlichen Leistungen. Die beiden Institute erbringen nicht kostendeckende Leistungen über das Gemeindegebiet hinaus. Seit vielen Jahren zeigen die erhobenen Statistiken, dass 45 % der Benutzerinnen und Benutzer der Stadtbibliothek nicht in der Stadt wohnhaft sind. Rund 28 % kommen aus den übrigen Gemeinden des Kantons Schaffhausen, 8 % aus dem Kanton Zürich, 3 % aus dem Kanton Thurgau und 6 % aus der übrigen Schweiz und dem Ausland, wovon 4 % aus Deutschland.

Es muss an dieser Stelle einmal gesagt werden, dass Bibliotheken von Kantonshauptorten normalerweise Sache des Kantons sind und dass der Kanton Schaffhausen der einzige Schweizer Kanton ist, der keine Kantonsbibliothek hat. In vergleichbaren Kantonen wie etwa Thurgau, Glarus, Zug, Solothurn ist die Bibliothek der Kantonshauptstadt entweder eine Verwaltungsabteilung des Kantons oder eine vom Kanton und der Hauptstadt gemeinsam getragene, meist als öffentlich-rechtliche Stiftung verfasste Institution.

Wie ist es bei uns? Der Kanton Schaffhausen leistet an die Stadtbibliothek einen Beitrag von 165'000 Franken, der seit 1990 unverändert geblieben ist. Der Beitrag kommt nicht aus Steuermitteln, sondern aus dem Lotteriegewinnfonds. Es handelt sich also um Geld, das der Kanton vom Bund „geschenkt“ erhält und das er weiter verteilen muss. Von diesem Geld stünde die Hälfte den Einwohnenden der Stadt ohnehin zu. Der Kantonsbeitrag an die Stadtbibliothek deckt heute nicht einmal 10 % des Nettoaufwandes. Der Beitrag ist angesichts der Bibliothekenlandschaft in der Schweiz und der Abgeltungen anderer Kantone als blosses „Almosen“ zu verstehen. Die Motion unterstellt in ihrem kurzen Begründungstext eine übermässige Steigerung des Aufwandes in den letzten 12 Jahren. Einmal abgesehen davon, dass es unverhältnismässig ist, eine abgeschlossene Rechnung mit einem über 13 Jahre späteren Budget zu vergleichen, ohne dass auf inzwischen eingetretene Veränderungen in der Teuerung, im Umfang der Bibliotheksleistungen und in der gesamten Medien- und Informationslandschaft hingewiesen wird, gerät der politische Auftrag der Stadtbevölkerung zum Ausbau der Stadtbibliothek im Jahr 1992 dadurch komplett zur Nebensache. In Wirklichkeit hat sich der Bruttoaufwand von Rechnung zu Rechnung bis im Jahr 2001 nicht um 80 %, sondern um 56 % erhöht. Die Ausleihen sind seither aber auch um 45 % gestiegen, es wurden neue Medien angeschafft, und der Grosse Stadtrat hat über die Budgets jeweils die für eine moderne Bibliothek notwendigen Automatisierungen sämtlicher Funktionen und die

Vernetzung der Arbeitsplätze gutgeheissen. In diesem Zeitraum wurden die Stellen nur gerade um 0,4 in der Lohnklasse 3 bis 11 angepasst, und der Anschaffungskredit für Bücher und Medien erhöhte sich jeweils um die Teuerung. Der Landesindex der Konsumentenpreise stieg seit 1990 bis zum Jahre 2001 um immerhin 23,1 %. Auch darüber entnehmen wir der Motion nichts.

Warum hat die Stadtbibliothek bisher auf die Erhebung von Leihgebühren verzichtet?

Die Abschaffung der generellen Leihgebühren in den öffentlichen Bibliotheken ist eine der grossen Errungenschaften der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. In Schaffhausen wurden die Gebühren 1972 abgeschafft. Dies im Bestreben, Bildung und Information allen Einwohnenden dieses Landes unabhängig ihres Standes und ihrer Herkunft zugänglich machen zu können. Die Stadtbibliothek Schaffhausen ist nicht die einzige, welche keine Leihgebühren erhebt. Die Zuger Stadt- und Kantonsbibliothek, welche punkto Ausleihzahlen die erfolgreichste Gemeinde-Bibliothek in der Schweiz ist, die Bibliothèque publique et universitaire Neuchâtel, die grossen wissenschaftlichen Universalbibliotheken wie die Zentralbibliothek Zürich, die Stadt- und Universitäts-Bibliothek Bern, die allgemeine Bibliothek der Universität Basel, die Zentral- und Hochschulbibliothek Luzern und andere gehören dazu.

Bildung und Information sind der einzige Rohstoff unseres Landes, den wir im Überfluss haben. Wenn dieser kommerzialisiert wird, dann verschütten wir in der Schweiz eine reiche Quelle, der unser Land seinen Aufstieg und seinen Wohlstand nach dem Zweiten Weltkrieg mit verdankt. Wir leben im Informationszeitalter. Aber heutzutage drohen Bildung und Information durch geschickte Informatisierung und durch Verschlüsselung in IT-Netzwerken zur Handelsware zu werden, die nur dem Vermögenden erschlossen werden kann. Unsere Gesellschaft droht, nur schon weil die Informatik kommerzialisiert ist, in zwei Kategorien zu zerfallen: Solche, die Zutritt haben zur Information und andere, denen das Wissen, der Schlüssel zum Zutritt, fehlt, entweder weil sie keine Kenntnisse haben oder weil sie sich diese nicht kaufen können. Man darf sich mit Recht fragen, ob wir eine solche Entwicklung mit Leihgebühren noch zusätzlich verschärfen sollten. Leider entspricht die Wiedereinführung von Benutzungsgebühren in Bibliotheken einem gewissen Trend in der heutigen Zeit.

Seit der Veröffentlichung des PISA-Berichts sprechen alle Bildungspolitiker von Leseförderung. Gut ausgestattete, kostenfreie öffentliche Bibliotheken sind ein taugliches Mittel zur Leseförderung. In der PISA-Untersuchung am besten abgeschnitten hat bekanntlich Finnland, ein Land mit sehr hoher Bibliothekendichte. Im Oktober 2002 hat eine Schweizer Delegation unter der Leitung von Staatssekretär Charles Kleiber Finnland besucht, um der Frage des guten Abschneidens in der PISA-Studie nachzugehen. Am 1. November 2002 erschien in der NZZ dazu eine interessante Agenturmeldung, die ich Ihnen keinesfalls vorenthalten möchte: „Als weitere Gründe für das gute Abschneiden nannte der finnische Gesprächspartner die Lesetradition des Landes und die hohe Dichte an Bibliotheken.“ Dazu muss man wissen, dass in Finnland die Gemeinden von Staates wegen verpflichtet sind, Bibliotheken zu führen, welche seit 1928 von Gesetzes wegen gebührenfrei sind. „Die Frage ist nicht, ob man von den Finnen etwas lernen kann“, meinte Staatssekretär Kleiber, „man muss von ihnen etwas lernen“.

Wenn zu den Erkenntnissen der PISA -Studie anlässlich der Albigüetlitagung der Schweizerischen Volkspartei Nationalrat Christoph Blocher in einem Satz tatsächlich gesagt haben soll, die Schweizer Schülerinnen und Schüler würden immer dümmer, dann kann diese Feststellung ja nicht gut dazu führen, dass wir als Konsequenz daraus die Schwelle zu Bildung und Information erhöhen. Die Bibliothek ist ein Ort der Bildung. Sie ergänzt den Schulunterricht aller Stufen. Sie ist ein Ort der individuellen Weiterbildung - nicht zuletzt auch für stellenlose Jugendliche und Erwachsene. Die Leseförderung und der Zutritt zu allen Formen der Information in Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Videos, CDs, CD-ROMs, DVD und Internet sollte auch in Zukunft allen Einwohnerinnen und Einwohnern dieses Landes offen stehen. Dies können wir nur erreichen, wenn die Benützung dieser Einrichtungen für alle gratis bleibt. Kostenlose Ausleihe von Büchern und Medien ist ein wirksames Mittel zur Bekämpfung des sekundären Analphabetismus, der in Europa immer mehr um sich greift und in Amerika bereits zu einem ernstem volks- und bildungswirtschaftlichen Problem geworden ist. Nicht nur die Schüler werden immer dümmer, es erwischt auch die Erwachsenen!

Die Einführung von Leihgebühren, wie sie explizit durch die SVP/EDU-Motion gefordert wird, ist eine bildungs- und integrationshemmende Massnahme, die der Stadtrat in ihrer Absolutheit sowohl aus bildungs- wie auch aus gesellschaftspolitischen Gründen ablehnt. Der mit einer allfälligen Einführung verbundene Aufwand dürfte zudem nicht unerheblich sein: Gestützt auf die Finanzierung durch die städtischen Steuerzahlenden müsste ein Gebührenkonzept zwischen städtischen Nutzerinnen und Nutzern, kantonalen, ausserkantonalen und ausländischen Ausleihenden differenzieren. Ebenso müssten wohl innerhalb dieser Kategorien Kinder und Jugendliche, Schüler, Studenten, Senioren, Rentenbezügerinnen und Rentenbezüger aus anderen Gründen und auch Erwerbslose bevorzugt behandelt werden. Daraus würde unweigerlich ein Tarifsysteem resultieren, dessen Kompliziertheit den Verwaltungsaufwand erheblich erhöhen und die Ausleihebedingungen unnötig erschweren würde.

Man kann es drehen und wenden wie man will: Die Stadtbibliothek ist als Bildungseinrichtung für einen Leistungsabbau gegenüber den Einwohnenden nicht geeignet. Wenn es unser Föderalismus nicht mehr fertig bringt, dass für wichtige Bildungsaufgaben der Kostenausgleich auf öffentlich-rechtlichem Weg zustande kommt und der Kanton sich hier als Ausgleichsgefäss in Pflicht nimmt, dann kann man sich mit Fug und Recht fragen, wozu wir denn einen Kanton überhaupt brauchen, wenn er gerade seine Urfunktion des Kosten- und Interessenausgleichs nicht wahrnimmt. Es ist deshalb klar, dass Gebühren bei einer Bildungseinrichtung wie der Stadtbibliothek als unilaterale Massnahme „der letzten Stunde“ erst zur Diskussion stehen, wenn alle anderen Abgeltungsmassnahmen versagt haben.

Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen im Namen des Stadtrates, die Motion der SVP/EDU-Fraktion mit folgendem abgeändertem Text erheblich zu erklären:

„Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Stadtrat zur Verbesserung der Kosten- und Ertragslage der Stadtbibliothek im Zusammenhang mit der Abgeltung von Zentrumslasten und unter Berücksichtigung der Erkenntnisse des Projektes Aufgabenteilung Bericht und Antrag zu unterbreiten.“

Der Zeitpunkt für erste Erkenntnisse aus dem kantonalen Projekt "Aufgabenteilung" kommt. Das ist tatsächlich so, Edi Mittler. Nach meiner Einschätzung ist dies Ende 2003. Aber daraus abzuleiten, dass der SR dann schon eine pfannenfertige Vorlage "City Card" aus dem Hut zaubert, ist nicht meine Aussage. Ich möchte mir nicht eine Frist einhandeln, die noch nicht einmal in der Hälfte einer normalen Lebenserwartung einer Motion liegt. Wir werden die stadträtliche Vorlage dem Parlament nicht per Ende 2003 auf den Tisch legen können."

Walter Hotz (FDP) Fraktionserklärung *

"Obwohl es vor ein paar Minuten anders ausgesehen hat - die FDP kämpft Seite an Seite mit der SVP, wenn es darum geht, die Zwangsabgaben zu senken, den Staat effizienter zu machen und damit die Bürger zu entlasten. Vor ein paar Monaten haben wir die Steuern gesenkt: viele Einwohner unserer Stadt haben uns persönlich gedankt für diese kluge und weitsichtige Entscheidung. Aus KMU-Kreisen hören wir, daß ihnen diese Entlastung gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten eine große Bürde von den Schultern nimmt.

Um so mehr erstaunt es mich, daß Sie der Versuchung erliegen, das Geld halt nun über Umwege dem Fiskus zufließen zu lassen.

In Ihrer Motion für Leihgebühren in unseren Bibliotheken schreiben Sie, die Kosten seien um achtzig Prozent gestiegen. Der Stadtpräsident hat nun von 56 % gesprochen. Ich bleibe trotzdem bei meinem Votum. Ich bin froh, weisen Sie darauf hin. Dies ist eine kleine finanzielle Katastrophe. Wenn Sie daraus aber schließen, es sei nun am Staat, diese Misere auf dem Weg des geringsten Widerstandes auszugleichen, dann ist dies noch die viel größere Katastrophe.

Jetzt muß es nämlich darum gehen, effizienter zu werden. Runter mit den Kosten, nicht hohle Hand machen: dies ist hier die Devise!

Liebe SVP, mit der Logik Eurer Motion seid Ihr Euren Prinzipien untreu geworden. Ihr zementiert Kosten, bekämpft Symptome, anstatt das Problem im Kern zu lösen.

Leidtragende sind jene Jugendliche, die ihre Wissbegier nach Schulschluß in der Bibliothek stillen möchten. Leidtragende sind aber auch all die Steuerzahler über Jahre hinaus, weil wir so die Kosten nie mehr runter bringen. Das ist nicht in ihrem Sinn!

Die alten Schriften, die reichhaltige Sammlung an Büchern in der Stadtbibliothek sind großartige Zeugnisse unserer Kultur, unseres Willens zur Selbstbehauptung, unserer freiheitlichen Überzeugung. Wenn wir dem Bürger den Zugang zu diesen Errungenschaften erschweren, stirbt gleichzeitig ein Teil unserer Identität. Jeder Schaffhauser soll Zugang haben zur Stadtbibliothek, wo er oder sie erfahren kann, wie mutige Menschen aus einem kleinen Städtchen eine Industriemetropole erschufen.

Genau gleich, wie ich kostenlosen Zugang für den Bürger der Stadt Schaffhausen fordere, muß die Zahlungsbereitschaft unserer auswärtigen Gäste abgeschöpft werden. Es geht nicht, daß Leute zum Beispiel von Winterthur nach Schaffhausen kommen und für unsere Leistungen kein Entgelt berappen müssen.

Warum sollten wir also bei Auswärtigen keine Leihgebühr verlangen und eine Preisdifferenzierung vornehmen?

Zum Glück haben wir dem Stadtrat mit der City Card ein Instrument in die Hand gegeben, womit derartige Probleme elegant gelöst werden können. Die Mehrheit der FDP Fraktion ist nach wie vor der Meinung, daß der Stadtrat so schnell wie möglich ein Gesamtkonzept erstellen soll. Schnellschüsse wie die vorliegende Motion sind fehl am Platz. Deshalb wird ein Großteil unserer Fraktion die Motion ablehnen."

Kurt Zubler (SP) Votum *

"Nachdem ich mich zur grundsätzlichen Frage der "Eintrittitis", das heisst der chronischen Entzündung des bürgerlichen Gebührensäckels und deren Folgen für die Ausstrahlung und damit den Standort Schaffhausen bereits geäußert habe, möchte ich mich bezüglich der Einführung von Leihgebühren in der Stadtbibliothek noch etwas ins Detail verlieren. Mit seinem Motto "Was nichts kostet, ist nichts wert", suggeriert der werte Motionär, dass die Benutzerinnen und Benutzer der Stadtbibliothek das dortige Angebot nicht recht zu schätzen wüssten. Nach Einführung einer moderaten Leihgebühr, die wohl mindestens die Höhe der neu entstehenden Kosten decken sollten, würden sie dann die Dienstleistungen der Stadtbibliothek entsprechend besser, nämlich monetär würdigen. Ebenso ist daraus zu schliessen, dass die Nachfrage der Lesenden in der Stadtbibliothek und also auch die Zahl der Benutzerinnen und Benutzer infolge des "monetären Anreizes" zunehmen würden. Aus dem gleichen Grund, d.h. damit noch mehr Leute kommen, möchten einige von Ihnen ja auch die Eintritte ins Hallenbad erhöhen. Oder sehe ich das falsch? Meiner Meinung nach liegen hier fatale Fehlüberlegungen vor.

Es ist doch ein unglaublicher Schildbürgerstreich, dass die SVP gerade heute in Zeiten der abnehmenden Lesefähigkeit, dem zunehmenden funktionalen Analphabetismus, der Forderung nach dem Erwerb von sprachlichen Fähigkeiten durch Fremdsprachige und dem Gebot des lebenslangen Lernens eine monetäre Hürde aufbauen will. Da gehen wir hin und machen Förderprogramme, Präventionskampagnen, Wiedereingliederungsübungen und so weiter und so fort. Gleichzeitig möchten wir jene bestrafen, die selbständig und eigenverantwortlich einen Weg zur Sprache, zum Lesen, zur Weiterbildung, auch zur lokalen und schweizerischen Geschichte suchen und finden. Wenn Sie denken, dass Gebühren keine Folgen haben, dann täuschen Sie sich. Für uns mag eine kleine Gebühr nichts bedeuten. Herr Meister würde die Stadtbibliothek wohl gar vermehrt besuchen, wenn er etwas bezahlen dürfte. Für Leute mit wenig Geld - und die gibt es sehr wohl - kann eine Gebühr dagegen prohibitiv wirken. Ich vertrete deshalb, was Sie kaum erstaunen wird, genau die gegenteilige Ansicht, nämlich dass wir bzw. der Stadtrat, bzw. die Stadtbibliothek selbst alles unternehmen sollten, um den Anteil der Bevölkerung, welcher die Stadtbibliothek benutzt, möglichst weit anzuheben. Dies wäre eine kluge Investition in unseren so viel gepriesenen einzigen Rohstoff "Bildung" und ein wichtiger Präventions- und Integrationsbeitrag.

Als "sozialistischer Schwafler" sage ich Ihnen: Wer in der Bibliothek sitzt und liest oder zu Hause liest, hängt nicht herum, meine Damen und Herren Heimatfreunde von der Volkspartei.

Demzufolge könnte ich mich nach folgender Änderung des Motionstexts zur Unterstützung bereit erklären:

'Zur Erweiterung des Benutzerkreises und zur Steigerung des Bibliothekbesuches wird der Stadtrat beauftragt, die Einführung von Prämien (nicht unbedingt monetärer Art) für die Werbung neuer BenutzerInnen zu prüfen.'

Peter Neukomm (SP) Votum

"Kurt Zubler hat das Wesentliche gesagt. Ich will nur noch ein paar kleine Sachen ergänzen. Wir haben hier auch einen Standortvorteil, der ausgespielt werden kann. Wir wollen - wir haben es gehört - junge Familien mit Kindern nach Schaffhausen holen. Genau dieses Zielpublikum kann mit dem tollen Angebot der Stadtbibliothek und der Agnesenschütte abgeholt werden. Und es funktioniert: Was man an einem freien Mittwochnachmittag selber feststellen kann, wurde uns vor noch nicht allzu langer Zeit bei einem Besuch der Freihandbibliothek Agnesenschütte und der Stadtbibliothek durch deren Leitung eindrücklich bestätigt: Viele Kinder und Jugendliche, auch fremdsprachige, nutzen die Bibliothek und verbringen dort einen Teil ihrer Freizeit. Leider war die SVP bei diesem interessanten Besuch fast nicht vertreten; vielleicht wäre dann dieser Vorstoss ausgeblieben.

Noch ein Wort zu Walter Hotz: Er hat mit seinem Votum den Anschein erweckt, dass die Angestellten in der Stadtbibliothek nicht effizient arbeiten und man die Kosten nicht im Griff hätte; dies wenige Minuten, nachdem der Stadtpräsident sehr anschaulich dargelegt hat, dass die Effizienz massiv gesteigert wurde und die Mehrkosten stark zusammen hängen mit dem merklichen Mehrangebot, das geschaffen wurde. Mit diesem Mehrangebot hat man wieder mehr Leute in die Bibliotheken gebracht, was auch ein Ziel der Verantwortlichen unserer Stadt ist. Hier kommen wir in einen Zielkonflikt. Wir wollen diesen Konflikt auflösen zu Gunsten des Bildungsziels, wie wir das schon beim Museum getan haben. Wir würden uns auch nicht davor scheuen, ein Volksvotum zu provozieren, wenn die Einführung von Gebühren politisch in diesem Rat durchgehen würde."

Urs Tanner (SP) Fraktionserklärung *

"Ich habe das Pech, dass sich schon viele kluge Vorredner zu dieser Motion geäußert haben. Lieber Marcel Wenger, 99 Prozent deiner Rede war klug, eloquent, geschickt und engagiert. 1 Prozent war es nicht, nämlich die Abänderung des Motionstextes. Deine ganze Argumentation führt von der Logik her dazu, dass man sagen muss: "Motion ablehnen!"

Lieber Christian Meister, bei der Vision Rheinuferstrasse können wir zusammen eine Motion einreichen, da finden wir uns bestimmt. Deine real existierenden Vorschläge sind aber etwa so attraktiv, wie der real existierende Sozialismus es war, nämlich überhaupt nicht.

In Schönwetter-, Pure-Z'morge- und 1. August-Reden tönt es zum Thema Bildung regelmässig so: „Bildung ist der einzige Rohstoff der Schweiz. Die Zukunft der Bildung gehört daher zu den wichtigsten Herausforderungen der Schweiz von morgen. Politik, Wirtschaft, Staat und Gesellschaft sind gemeinsam für die Zukunftsgestaltung der Bildung verantwortlich."

Die Realität im politischen Alltag ist - das kennen wir - komplizierter. Vor allem wenn es kostet oder wie in diesem Fall, wenn Gebühren installiert werden sollen.

Dass gerade die SVP sich auf Gebühren stürzt, erstaunt ein wenig; ist es doch gerade sie, die dauernd klönt, die Bürgerin / der Bürger bezahle zu viel an Steuern, Gebühren und Abgaben. Und jetzt will sie sich für neue bildungsfeindliche und unsoziale Gebühren einsetzen - und dies in einer Zeit, in der man jedem Kind und Jugendlichen 1 Franken zahlen sollte für jedes ausgeliehene Buch, das er oder sie liest!

Die Motion Meister ist aus verschiedenen Gründen deplaziert und falsch. Lesen soll man auf allen Ebenen fördern und nicht gebührenpolitisch abwürgen.

Nach neusten Erkenntnissen der Bildungsforscher ist die Freude am Lesen einer der Hauptindikatoren für gute Schulnoten in allen Fächern. Die Leselust prägt die Leistungen einer Schülerin / eines Schülers möglicherweise sogar noch stärker als ihre / seine soziale Herkunft.

Auch die Pisa Studie, nach welcher die Schweiz im Lesen miserable 17. wurde, lässt kaum den Schluss zu, jetzt die Jugend via Gebühren vom Lesen abzuhalten.

Auch ausländische Kinder, oft aufwachsend in einer abgeschotteten Parallelgesellschaft, wo TV-Schüsseln Richtung Heimatland montiert sind, profitieren vom Gratiszugang zu Büchern. In diesem Falle würden Gebühren bildungsferne MitbewohnerInnen noch mehr an einer Integration hindern.

Und zu guter letzt alle anderen Städte, welche keine Leihgebühren verlangen: ZB Zürich, Zug, Neuenburg, Bern, Uni Basel-Stadt usw. - Marcel Wenger hat sie aufgezählt. Du sprichst immer von den Bibliotheken jener Städte, welche Leihgebühren verlangen, Christian Meister. Du bringst keine Beispiele. Deine Motion ist schwammig und schlecht begründet.

Luzern hob 1992 sogar alle Gebühren wieder auf, mit der Begründung, der Aufwand sei zu gross.

Ich bitte Sie, lassen wir es so, wie es ist, und lehnen Sie sowohl diese kontraproduktive Motion als auch den Abänderungsvorschlag unseres Stadtpräsidenten ab.

Ich bin zwar der dritte Sprecher, der seitens der SP hier spricht, aber trotzdem der Fraktionssprecher. Die SP Fraktion wird diese Motion einstimmig ablehnen."

Annina Keller (OeBS) Fraktionserklärung OeBS/EVP/GB *

"Die grundlegende Frage, welche wir uns stellen müssen ist, welchen Stellenwert wir dem Lesen beimessen. Lesen ist nicht nur das Entziffern eines Wortes, sondern ist die Fähigkeit, einen wörtlich oder bildlich geschriebenen Text als zusammenhängendes Gebilde verstehen und interpretieren zu können.

Diese Frage stellt sich heute, wo der Lauf der Geschichte live am Bildschirm mit verfolgt werden kann, zudem in einer neuen Dimension. Denn auch Bilder müssen gelesen werden - kritisch hinterfragt und interpretiert werden können.

Lesen, sei es nun in Form von Wort- oder Bildtexten, verliert durch den steigenden Einfluss der Medien nicht an Wichtigkeit, sondern gewinnt gerade wegen dieser Informationsflut an Gewicht, denn Wissen ist Macht.

Wissen muss aus Informationen erlesen werden. Genau deshalb darf es nicht sein, dass nur Erlesene das Privileg besitzen, sich durch Lesen Wissen und somit auch Macht zu erarbeiten.

Die Chancengleichheit zur Nutzung von vorhanden Informationen muss in einem Land wie der Schweiz, deren einziger Rohstoff die Bildung und der kritische und intelligente Umgang mit Informationen und Wissen ist, unbedingt gewahrt werden. Der Nutzung des Rohstoffes "Information", der in unseren Bibliotheken vorhanden ist, sollte nicht durch die Erhebung von Gebühren ein Riegel vorgeschoben werden. Auch wenn die Motionäre das Gefühl haben, dass wir uns eine kostenlose Bereitstellung dieses Rohstoffes nicht mehr leisten können, bin ich der Überzeugung, dass wir es uns langfristig gesehen nicht leisten können, die Nutzung des Rohstoffes einer von Geld abhängigen Restriktion zu unterwerfen, denn schon heute wächst der Illiterismus in unserem Land. Immer zahlreicher werden die Menschen unter uns, die nur schlecht oder gar nicht lesen können. Bundesgelder werden zur Bekämpfung dessen ausgegeben. Das Erheben von Gebühren wirkt in die genau entgegengesetzte Richtung.

Die kostenlose Nutzung der Information, die ja bereits in rauen Mengen vorhanden ist, trägt zudem bei zu einem Standortvorteil. Nicht nur Steuererleichterungen für Firmen, sondern vor allem ein gutes Bildungsangebot trägt dazu bei. Gebühren in unseren Bibliotheken würden dies sicherlich nicht tun, denn die Stadtkasse wird wegen diesen Gebühren kaum ins Klingeln kommen. Wenn sich die Gebühren nach Abzug von erhöhtem administrativen Aufwand, der MwSt und Urheberrechtsabgaben noch rechnen sollen, frage ich mich mit meinem Studentengeldsäckel, ob ich mir diese Gebühren dann noch leisten kann.

Die OeBS/EVP/GB-Fraktion kann sich nicht mit der SVP Fraktion einig erklären. Wir lehnen diese Motion vehement ab."

Edgar Mittler (FDP) Votum *

"Auch zu diesem Thema habe ich mich im Rahmen meiner Motionsbegründung City Card ausführlich geäußert. Es ist tatsächlich so, dass die Stadt hier relativ schnell zu zusätzlichen Einnahmen kommen könnte. Ich rufe Ihnen die Zahlen gerne nochmals in Erinnerung: Im Jahre 2001 besuchten rund 21'000 Benutzerinnen und Benutzer die Stadtbibliothek. Davon hatten 53,7 % ihren Wohnsitz in der Stadt Schaffhausen, 28,4 % im Kanton SH, 13,4 % in der übrigen Schweiz - vor allem in den Zürcher Nachbargemeinden - und 4,5 % in Deutschland. Wenn wir hier von einer Benutzungsgebühr von Fr. 2.-- pro Ausleiher ausgehen und als Basis die von der Stadtbibliothek angegebenen 350'000 Ausleihungen annehmen, ergäbe dies Einnahmen von rund Fr. 700'000.--. In meiner Motion City Card bin ich davon ausgegangen, dass die Stadtschaffhauser/innen ihre Bücher nach wie vor unentgeltlich beziehen könnten und somit die Stadt auch ihrem Bildungsauftrag nachkommen könnte. Bei einem Anteil von nahezu der Hälfte Auswärtiger ergäbe dies für die Stadt immer noch respektable Fr. 350'000.-- Mehreinnahmen.

Auch hier vertrete ich die Meinung, dass die Einführung von Leihgebühren im Rahmen der Vorlage City Card und nicht am Einzelobjekt behandelt werden soll. Dabei ist es durchaus eine Überlegung wert, ob generell für alle Benutzer/innen eine Gebühr und für auswärtige BenutzerInnen eine erhöhte Abgabe verlangt werden soll.

Wie gesagt, ich möchte diese Diskussion im Rahmen des Berichtes zur überwiesenen Motion City Card führen und lehne deshalb auch diese Motion ab."

Peter Wullschleger (CVP) Votum *

"Bei dieser Motion stellen sich mir ähnliche Fragen wie bei der vorhin behandelten. Wenn wir dem Motionär Glauben schenken, ist nichts wert, was nichts kostet. Mit dieser Argumentation müsste auch das öffentliche Schulwesen und die Benützung der Strassen gebührenpflichtig gemacht werden, was jedoch zu unerwünschten Resultaten führen würde.

Wie bei der Schule, so sollten auch bei einer Stadtbibliothek bildungspolitische und weniger finanzpolitische Überlegungen gemacht werden. Es gilt also die Frage zu beantworten, ob Bildung breiten Bevölkerungsteilen unentgeltlich zugänglich gemacht werden soll oder nicht. Die CVP tendiert zur Unentgeltlichkeit, d.h. zur Finanzierung aus Steuermitteln, beurteilt sie doch Bildung als eine zentrale staatliche Aufgabe. Im übrigen verweise ich auf meine Argumentation in Sachen Eintrittsgebühren für Munot und Museum zu Allerheiligen.

Wir möchten indessen die Erhebung einer differenzierten Benutzungsgebühr in der Stadtbibliothek nicht a priori ausschliessen - Stichwort Entschädigung der Zentrumsleistung. Die Prüfung dieses Anliegens soll der Stadtrat aber ebenfalls im Rahmen der Einführung einer City Card vornehmen.

Insofern könnte die CVP bei entsprechender Anpassung des Wortlautes der Motion zustimmen."

Raphaël Rohner (FDP) Votum *

"Es ist richtig, lieber Kollege Wullschleger; es wurde schon vieles gesagt. Ich verzichte trotzdem nicht darauf, einiges aus meiner Optik zu wiederholen. So wird uns die linke Ratsseite nicht vorwerfen können, wir hätten uns nicht auch mit bildungs- und kulturpolitischen Überlegungen auseinandergesetzt.

Die Absicht von Christian Meister, vermehrt Gebühren zu erheben für zusätzliche Leistungen, die für Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt oder vor allem für auswärtige Bezüger erbracht werden, ist im Grundsatz richtig und entspricht auch dem verwaltungsrechtlich anerkannten Prinzip, wonach Gebühren möglichst verursacherbezogen zu erheben sind

So weit, so gut. Es stellen sich für mich im Zusammenhang mit dieser Motion aber zwei Fragen, die es hier kurz zu erläutern gilt:

1. Die erste Frage lautet wie folgt: Gehört der Bezug von Büchern in einer "Stadtbibliothek", sofern nicht zusätzliche Bemühungen wie deren Bestellung in einer anderen Bibliothek wie beispielsweise in der Zentralbibliothek Zürich oder in der Landesbibliothek Bern erforderlich sind, nicht zum Grund- oder Kernangebot an Dienstleistungen, welche die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und damit auch ihre Familienangehörige in unserer Stadt von der öffentlichen Hand aufgrund ihrer Steuerleistungen erwarten können? -

Ich für meinen Teil denke, dass dem so ist. Im jeweiligen Budget der Einwohnergemeinde erscheint die Finanzstelle Stadtbibliothek mit

Personalkosten, Anschaffungen, Unterhalt und Infrastruktur etc. gleich wie die Volksschulen oder andere Kerndienstleistungen, die von der öffentlichen Hand erbracht werden und wofür Steuern erhoben werden. Es handelt sich also bei der Benützung der Stadtbibliothek und beim ordentlichen Bücherausleih nicht um Sonderdienstleistungen, die von der Kommune zu Recht und hoffentlich in Zukunft vermehrt in Rechnung gestellt werden.

Gemäss meiner Beurteilung soll grundsätzlich nur der Bezug durch nicht in der Stadt Schaffhausen wohnhafte und damit hier nicht steuerpflichtige Personen von einer Leihgebühr abhängig gemacht werden.

Diese Forderung bildet aber eigentlich bereits Gegenstand der heute schon mehrfach erwähnten Motion Mittler zur Einführung einer City Card. Die entsprechenden differenzierten Lösungen werden vom Stadtrat in jenem Bericht und Antrag vorzuschlagen sein, unter Einbezug von Lösungsansätzen zur komplexen Frage der Abgeltung von Zentrumsleistungen innerhalb unseres Kantons und wenn möglich gegenüber den Zürcher Nachbargemeinden.

2. Die zweite Frage ist mit der ersteren nach den von den Steuern umfassten Kerndienstleistungen inhaltlich eng verknüpft:

Als Bildungspolitiker muss ich mich unter dem Eindruck eines erwiesenermassen erschreckend hohen Anteils an sogenannt funktionalen Analphabeten in der Schweiz und basierend auf den wenig schmeichelhaften Ergebnissen und Schlussfolgerungen der heute schon mehrfach zitierten PISA-Studie klar für alle verstärkten Bemühungen, welche die Lesefertigkeit nicht nur der Kinder und Jugendlichen im Sinne von Leseförderung zum Ziel haben, aussprechen - ja ich muss diese gleichsam aus innerer Überzeugung unterstützen.

In einer Zeit,

- wo auch in bildungsnahen Schichten das Lesen nicht mehr den gleichen Stellenwert hat wie früher
- wo Informationen weitgehend audio-visuell über den Bildschirm abgerufen werden
- wo Freizeit geprägt ist von übermässigem Konsum von Videofilmen und -spielen und das Lesen eines guten Buches für viele kein Thema mehr ist
- wo viele Erwachsene zwar noch das Lesen im Sinne eines Zusammenfügens der Buchstaben eines geschriebenen Wortes beherrschen, jedoch nicht mehr in der Lage sind, den textlichen Inhalt zu verstehen oder gar wiederzugeben
- wo die einstmals einen hohen Stellenwert einnehmende Pflege der hochdeutschen und damit auch der Schriftsprache zu einem (wenn überhaupt noch) rein technischen Informationsvorgang in Form von sprachlich schlecht formulierten, oftmals mit Ortografiefehlern reich gesegneten E-mails und SMS degradiert oder gar reduziert worden ist
- wo selbst auf gymnasialer Stufe ein Rückgang in der Sprachkompetenz festgestellt wird
- wo wir aber in anderem Zusammenhang - nämlich bei der Frage der Integration von Ausländerinnen und Ausländern - stets und auch zu Recht die Notwendigkeit des Erlernens der deutschen Sprache in Wort und Schrift als eine der Grundvoraussetzungen für das Gelingen der Integration hervorheben und postulieren

... kann man nicht oder eben nur "contre coeur" (um hier nun auch die zur Zeit noch gepflegte erste Fremdsprache an der Primarschule zu bemühen) Vorstösse unterstützen, welche den Zugang der Bevölkerung zum Buch und somit zur Sprache generell erschweren.

Leseförderung ist ein Anliegen, dem von uns allen, nicht nur von den Bildungspolitikern, ein hoher Stellenwert beigemessen werden muss, denn - um es auf einen einfachen Nenner zu bringen:

- Wer viel liest, kann besser schreiben.
- Wer viel liest, setzt sich im Übrigen auch mit verschiedensten Meinungen und Ansichten auseinander, lernt kritisch zu reflektieren und ist in der Lage, seine Meinung wiederum differenziert in seiner eigenen Sprache in Wort und Schrift darzulegen.

Wer viel liest, kann sich umfassender und objektiver informieren, ist er doch nicht von der Auswahl dessen abhängig, was von Redaktorinnen und Redaktoren der elektronischen Informationsmedien als wichtig erachtet und schliesslich in komprimierter Form über den Bildschirm in die Stuben übermittelt wird.

Sie werden daher Verständnis dafür haben müssen, dass ich mich aus all diesen Gründen gegen eine generelle Erhebung einer Gebühr für den Bezug von Leistungen stellen werde, die einer breiten Bevölkerung (auch der städtischen) den Zugang zur Sprache, zur Literatur und damit auch zu unserer Kultur erschwert.

Auch Kindern aus Familien, denen aus Unverständnis der Eltern gegenüber dem Lesen der Kauf von Büchern verunmöglicht wird, soll der Zugang zu diesem wichtigen Bildungs- und Kulturgut offen stehen. Die öffentlichen Bibliotheken mit ihrem breit abgestützten und gut ausgebauten Angebot bieten hierfür Hand und haben damit einen wesentlichen Anteil an der Umsetzung des Bildungsauftrages des Staates.

Die entgangenen Einnahmen werden im Übrigen allenfalls sogar mehrfach kompensiert werden können durch Verzicht auf aufwändige und kostenintensive Sprachförderungsprogramme für Jugendliche und Erwachsene."

Erwin Sutter (EDU) Votum *

"Christian Meister hat sich nicht geirrt, wenn er behauptet, dass die Ausgaben in der Stadtbibliothek von 1990 bis heute (Budget 2003) um 80% gestiegen sind (1990: 0.859Mio, 2003: 1.553 Mio = +81 %). Diese Steigerungsrate wird nur noch vom Museum übertroffen (+ 84%). Wenn ich an meine Jugendzeit zurückdenke, habe ich als Schüler immer eine Leihgebühr in der in meinem damaligen Wohnort vorhandenen Pestalozzi-Bibliothek bezahlen müssen, wenn auch nur einen bescheidenen Betrag. Meine Schulkameraden und ich - da waren Schüler aus allen Bevölkerungsschichten dabei - haben uns jeweils um die besten Jugendbücher beinahe gestritten. Und wenn wir dann die Bücher zu spät zurück brachten, gab es zusätzlich eine Strafgebühr - und dies ohne schriftliche Mahnung. Niemandem ist es in den Sinn gekommen, die Gebühren nicht bezahlen zu wollen. Schliesslich müssen die Bücher bei eifrigem Gebrauch immer wieder ersetzt werden, ausser sie seien dann vergriffen. Uns hat diese Regel dazu gebracht, unsere Bücher pünktlich zurückzubringen und wir haben die Ausleihe sehr geschätzt. Und ich kann ihnen sagen:

Wir haben lesen gelernt und einiges noch dazu, aber auch die Lektion, dass nichts gratis ist.

Anders sieht es in Schaffhausen aus. Alles ist gratis, sogar die erste Mahnung, die den Ausleihenden per Brief erreicht! Dabei müssen jedes Jahr für etwa Fr. 180'000.- neue Bücher, MCs, Videos und CDs gekauft werden. Und ob zu gratis ausgeliehenen Waren mehr Sorge getragen wird, als wenn es etwas kosten würde, glaubt wohl niemand - das Gegenteil ist wahrscheinlich der Fall!

Nun was wäre denn möglich? Bei einer gestaffelten Leihgebühr für Kinder- und Erwachsenenbücher, CDs und Videos, ich denke an eher bescheidene Beiträge mit erzieherischem Charakter, sind Einnahmen von 200'000 Franken durchaus möglich. Dieser Betrag würde in etwa die Ersatzbeschaffungen decken. Dazu kämen dann noch die Mahngebühren. Kleine Gebühren kann sich jede und jeder leisten, besonders wenn der Gegenwert dafür in Erinnerung gebracht wird. Natürlich werden die Ausleihzahlen sinken, denn es werden dann nicht mehr CDs und Videos im Multipack mitgenommen! Gehen Sie mal in die Agnesenschütte und schauen Sie, welche Pakete mitgenommen werden. Dafür sinken aber auch die Kosten für Ersatzbeschaffungen.

Dann gibt es noch einen weiteren Aspekt zu berücksichtigen: mit der Gratisausleihe konkurrenzieren wir auch die Buchhandlungen und Musikläden.

Leihgebühren haben einen verursachergerechten Charakter und ihre Einführung ist meiner Meinung nach überfällig!

Ich bitte Sie deshalb, der Motion zuzustimmen."

Gertrud Walch (SVP) Votum

"Hier im Grossen Stadtrat wurde bereits einmal die PISA Studie im Zusammenhang mit der Bibliotheksausleihgebühr erwähnt. Heute erneut. Schon jetzt ist die Lesekompetenz hier in der Schweiz nur mittelmässig, obwohl es an vielen Orten keine Bibliotheksausleihgebühr gibt, abgesehen von der Fernleihgebühr.

Es stimmt zwar, dass ohne Gebühren mehr ausgeliehen wird. Aber die Folgerung, dass Gratis-Bücherausleihe und mehr Ausleihungen automatisch die Lesekompetenz hebt, ist so nicht stichhaltig. Das ist ein Trugschluss.

Die PISA Studie entstand im Jahr 2000, also zu einer Zeit, wo beispielsweise die Stadt Schaffhausen - wie bis zum heutigen Tag - keine Ausleihgebühren verlangte bzw. verlangt.

Übrigens wäre eine City Card von unserer Seite ohne Schulden der Stadt nicht gekommen. Diese Schulden sind auch der Auslöser für beide SVP-Motionen. Ohne sie wäre keiner dieser Vorstösse gekommen.

Bei der Bibliothek gibt es verschiedene Möglichkeiten, einen kleinen Betrag zu zahlen. Beispielsweise können durchaus Erleichterungen für Schüler, Studenten, AHV-Berechtigte, vielleicht sogar für Schaffhauser BewohnerInnen gewährt werden. Gebühren könnten in Form von Jahresbeiträgen für Einzelne oder Familien, oder durch die Belastung jeder einzelnen Ausleihe erhoben werden. Natürlich überlassen wir die Wahl des Prozedere dem Stadtrat. Es sind ja vor allem Universitätsbibliotheken, welche gebührenfrei sind, sowie die Bibliothek in Zug, welche in einem Steuerparadies liegt.

Ich danke dem Stadtrat für die Bereitschaft, die geänderte Motion entgegen zu nehmen. Ebenfalls danke ich im Voraus der FDP/CVP Fraktion, wenn sie dieser Motion zustimmt oder - falls sie ihr nicht zustimmen kann - bei der Abstimmung sitzen bleibt ... "

Esther Bänziger (SP) Votum

"Ich erzähle Ihnen noch ein Beispiel aus meiner Berufspraxis. Ich brauche nicht einmal diese Studien zu lesen. Ich bin seit 31 Jahren Lehrerin und sehe wie die Sprachkompetenz drastisch abnimmt - auch bei den Schweizer Kindern. Ich möchte Ihnen nun eine Begebenheit schildern, welche sich erst kürzlich zugetragen hat, welche auch das Vorurteil widerlegt, Fremdsprachige würden sowieso nicht in die Bibliothek gehen." Die Votantin berichtet, dass sie eine Schülerin von ihr - ein Kosovo-Mädchen - in die Schulzahnklinik begleiten musste. Es hatte um 17.00 Uhr einen Termin, die Schule endete um 15.30 Uhr. Das Mädchen besucht noch die Aufgabenhilfe. Bei der Diskussion, wann und wo man sich treffen will, erklärte das Mädchen, dass es nach der Aufgabenhilfe noch in die Agnesenschütte gehe und sich dort ein Buch aussuchen werde, welches es auch für den Deutsch-Zusatzunterricht benötigt. "Das Mädchen bat mich, es dort abzuholen. Das ist doch das Beste, was mir als Lehrerin passieren kann, wenn die SchülerInnen freiwillig in die Bibliothek gehen und wissen, wie die Ausleihe funktioniert." E. Bänziger erwähnt noch, dass Frau Clavadetscher jeweils für ihre Schulklasse eine Sonderführung organisiert, was bei den Kindern sehr gut ankommt. Das sei Prävention und Integration - gibt sie Erwin Sutter zu bedenken. Sie lobt auch den Umstand, dass in der Bibliothek nun auch eine Auswahl an Büchern in albanischer und türkischer Sprache erhältlich sei, was von den Kindern sehr geschätzt werde.

Iren Eichenberger (OeBS) Votum

"Nach dieser wunderschönen Geschichte von Esther Bänziger werde ich mich sehr kurz fassen. Ich habe noch Unterlagen von unserer Fraktionskollegin, welche Mitarbeiterin in der Stadtbibliothek ist, erhalten. Da möchte ich Ihnen ein paar Dinge nicht vorenthalten.

Zuerst möchte ich noch eine persönliche Bemerkung machen. Wenn ich nämlich in der WoV Diskussion einiges gelernt habe, dann dies: Das Parlament soll das WAS, nicht das WIE bestimmen. Es soll sagen, welche Leistungen es will. Wie diese erbracht werden ist Sache der Verwaltung. Nun haben wir diesen Grundsatzentscheid für WoV gefällt. Jetzt bereits ein halbes Jahr später wollen Sie den Pfad der Tugend schon wieder verlassen und wollen der Verwaltung sagen, wie sie zu ein paar Rappen kommen muss, welche im Ganzen überhaupt nicht relevant sind. Dies als Grundsätzliches.

Dass dies offenbar nicht relevant ist, hat sich gezeigt in diesen Befragungen. Unsere Fraktionskollegin hat bei diversen Bibliotheken im Lande herum gefragt. Rund Dreiviertel dieser Bibliotheken erbringen ihre Leistungen für die BenützerInnen gratis, so z.B. die Luzerner Bibliothek, welche Leihgebühren verlangte, diese aber wegen des damit verbundenen Aufwandes wieder abschaffte. Die Zürcher Zentralbibliothek erhielt vom Regierungsrat den Auftrag, diesbezügliche Abklärungen zu treffen. Es wurde dann festgestellt, dass die Jahresgebühren mindestens Fr. 100.-- betragen müssten, was unrealistisch sei. Dies ganz kurz als Rückmeldung von Leuten, welche es offenbar besser wissen als wir. Darum meine ich, was wir gesagt haben und was die SP sagt, ist richtig. Ich bitte Sie daher, auf Ihren Motionstext zu verzichten und statt dessen der "Motion" von Kurt Zubler zuzustimmen."

Stadtpräsident Marcel Wenger

"Ich habe einige Stichworte notiert, zu denen ich gerne noch etwas sagen möchte. Wir haben das Problem der zentralörtlichen Leistungen und die Tatsache, dass diese vom Kanton nicht abgegolten werden. Das ist eine Kalamität. Sind Leihgebühren die richtige Antwort zur Lösung dieses Problems? Ich bin der Meinung, dass sie es nicht sind. Wir haben heute gehört, dass man durch Ausleihungen allenfalls Fr. 700'000.-- generieren könnte, wenn man die Ausleihungen mit Fr. 2.-- multipliziert. Hievon müsste man die Hälfte für die städtischen NutzerInnen in Abzug bringen. Dann hätten Sie noch Fr. 350'000.--. Wenn man das so einführen würde, müsste man aber damit rechnen, dass wir den Kantonsbeitrag von Fr. 165'000.-- verlieren würden, wodurch noch Fr. 185'000.-- brutto übrig bleiben würden." Der Stadtpräsident macht darauf aufmerksam, dass aus bildungs- und integrationspolitischen Gründen weitere Leute von der Gebührenpflicht befreit werden müssten, was den Gebührenertrag weiter schmälern würde. Die Erfahrungen mit diesen Systemen bei Ausleihgebühren seien wegen dieser Ausgangslage relativ schlecht. Er zitiert eine Aussage von Prof. Dr. Hermann Köstler aus dem Jahre 1996 im Stiftungsrat der Zürcher Zentralbibliothek: "Die verbleibenden zahlenden BenutzerInnen würden mit Gewissheit ein Regime der Mehrfachnutzung entwickeln, wie das bei allgemeinen öffentlichen Bibliotheken im Ausland beobachtet wurde. Hinter immer weniger Zahlenden stehen dann immer mehr Nutzende, Familien, Interessengruppen, ad hoc gebildete Interessengemeinschaften. Solchen Missbrauch zu verhindern, stellte sich als schwierig heraus."

"Das sind Dinge, die wir überdenken müssen. Ich denke, wir können es nur tun, wenn wir auch ein gutes Angebot an Leistungen über eine City Card steuern können. Daher bin ich zum Schluss gekommen, Ihnen diese Motionstextänderung zu beantragen. Ich wurde daher von Urs Tanner kritisiert. 99 % meiner Ausführungen hat er zugestimmt, 1 % sei unbrauchbar. Das ist eine Quote, welche von einem Politiker akzeptiert werden kann. Es wurde heute viel von funktionalen Analphabeten gesprochen. Das sind Leute, welche meinen, lesen zu können und den Inhalt nicht verstehen. Das eine Prozent, das mich betrifft, hat nichts mit funktionalem Analphabetismus zu tun. Vielleicht leide ich an einem Phänomen, das in der Politik oft vorkommt, nämlich dass einer meint zu verstehen, aber nicht begreift. Mit dem kann ich leben.

Ich möchte Sie um Verständnis dafür bitten, dass der SR die Leihgebühren wirklich nicht als taugliches Instrument empfehlen kann. Ich bitte Sie, jetzt Ihren Entscheid zu fällen. Ich möchte gleichwohl der SVP sagen, ich begreife den Standpunkt. Wir haben ein Problem der zentralörtlichen Leistungen. Diese müssen abgegolten werden. Aber wir müssen zuerst einmal auf öffentlich-rechtlichem Weg versuchen, dies zu bekommen. Wenn alle Stricke reissen, dann werden wir diskutieren."

Nachdem keine Wortmeldungen mehr vorliegen, übergibt der Ratspräsident dem Motionär das Wort. Er wiederholt den Vorschlag des SR bezüglich Textänderung:

„Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Stadtrat zur Verbesserung der Kosten- und Ertragslage der Stadtbibliothek im Zusammenhang mit der Abgeltung von Zentrumslasten und unter Berücksichtigung der Erkenntnisse des Projektes Aufgabenteilung Bericht und Antrag zu unterbreiten.“

Christian Meister (SVP) Schlusswort des Motionärs

"Ich werde hier etwas länger sprechen als beim Schlusswort der vorangegangenen Motion. Zum Vorwurf der schwammigen Begründung: Zum einen stinkt es mir, wenn ich mich bei verschiedenen Bibliotheken erkundige und es heisst: "Sie sind jetzt etwa der Dritte aus Schaffhausen, der anruft. Was habt Ihr für ein Theater in Schaffhausen?" Sie haben von Iren Eichenberger gehört, offensichtlich hat sich auch die Stadtbibliothek gut auf die heutige Debatte vorbereitet, es waren aber noch andere Anrufer. Zum anderen liegt es nicht an mir, die Hausaufgaben des Stadtrates zu machen. Ich muss für meinen Lohn auch arbeiten. Ich habe noch anderes zu tun, als mich bis ins letzte Detail um solche Sachen zu kümmern.

Offensichtlich sind wir auch für unsere bürgerlichen Freunde zu schnell oder zu ungeduldig. Auch wir wollen die City Card. Wir wollen aber nicht warten wie bei den heute behandelten ersten beiden hängigen Motionen von 1989.

Nun noch an die linke Ratsseite. Ich hoffte nicht, dass Sie noch verlangen, dass wir zukünftig jedem/r Ausleihenden noch 1 Franken geben müssen, wenn sie/er ein Buch in der Stadtbibliothek holt. Doch tatsächlich kam sie damit. Sie können sich vorstellen, was das bedeuten würde. Noch mehr Jugendliche würden Bücher ausleihen. Ob es mit dem Leseverhalten dann besser würde, wage ich stark zu bezweifeln. Bestimmt aber würden die Zigarettenumsätze steigen.

Zum Schluss: Auf die vom SR vorgeschlagene Textänderung gehen wir nicht mehr ein, obwohl sie gut gemeint ist. Danke, Herr Stadtpräsident. Da wir vermutlich ohnehin unterliegen, können wir am ursprünglichen Text festhalten."

ABSTIMMUNG

Der Rat lehnt die Motion (mit dem unveränderten Text) mit 32 : 9 Stimmen ab.

Das Geschäft ist erledigt.

Hier bricht der Ratspräsident die Beratung der Traktandenliste ab.

MITTEILUNGEN

Verabschiedung von GrSR Verena Stutz-Hauser (SP), deren Rücktrittsschreiben an der letzten Ratssitzung verlesen wurde.

Der **Ratspräsident** würdigt die Arbeit von V. Stutz mit folgenden Worten:

"Verena Stutz schaffte anlässlich der Gesamterneuerungswahlen im Dezember 1996 den Sprung in diesen Rat. Kurz zuvor, am 3. November 1996, wurde sie von den Stimmberechtigten der Stadt Schaffhausen in den Stadtschulrat gewählt. Somit wartete ihrer ab dem 1. Januar 1997 ein gerüttelt Mass an Arbeit. Sie hat sich dieser Herausforderung offensiv gestellt. Während ihrer gut 6-jährigen Zugehörigkeit zu unserem Rat reichte sie eine Kleine Anfrage ein. In nicht weniger als 20 Spezialkommissionen hat sie aktiv mitgewirkt. Dies zeugt von ihrem Willen, sich engagiert für das Allgemeinwohl einzusetzen.

Wie sie in ihrem Rücktrittsschreiben erwähnt, ist sie seit einiger Zeit in einer zusätzlichen Ausbildung, was ihr eine weitere befriedigende Mitarbeit im Grossen Stadtrat verunmöglicht.

Wir danken Verena Stutz für ihren grossen Einsatz und wünschen ihr für die Zukunft alles Gute."

Als Nachfolger hat der Stadtrat **Christoph Schlatter, Berufsschullehrer, geb. 1965**, für den Rest der Amtsdauer 2001/2004 als in den GrSR gewählt erklärt.

An dieser Stelle schliesst der Präsident die Sitzung.

Der Ratssekretär:

René Gisler

Nächste Sitzung: Dienstag, 6. Mai 2003, 17.00 Uhr